

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERZEHNTE JAHR
JULI 1963

7

BERNHARD TACKE

Zur Lohnpolitik in einer freien Wirtschaft

I

Es waren zwei große Lohnbewegungen, die in der ersten Hälfte dieses Jahres die Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnpolitik besonders aktiviert haben.

In der *Bauwirtschaft* wurden die Tariflöhne mit Wirkung vom 1. Mai 1963 um 0,17DM jeStunde erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 1 Jahr und 8 Monaten. Als Ausgleich für die längerfristige Laufzeit werden die tariflichen Stundenlöhne am 1. April 1964 nochmals um 0,17 DM erhöht. In Prozenten ausgerechnet betragen die Erhöhungen 4,9 vH und 4,8 vH auf den tariflichen Facharbeiterstundenlohn. Von der Lohnbewegung wurden rund 1,2 Mill. Arbeiter erfaßt.

Über diese Lohnbewegung gab es in der Öffentlichkeit fast ausnahmslos eine gute Kritik. Das lag sicherlich daran, daß die Tarifvertragsparteien vor und während der Verhandlungen keine Erklärungen und Forderungen in die Öffentlichkeit getragen haben. Die Öffentlichkeit registrierte das Verhandlungsergebnis vielmehr mit der Feststellung, daß man sich bei der Erhöhung der Löhne im großen und ganzen an die Produktivitätssteigerung des Jahres 1962 gehalten und den Vertrag für fast 2 Jahre abgeschlossen habe. Die Tatsache, daß der neue Vertrag fast „geräuschlos“ zustande gekommen war, verstärkte den Eindruck der Sachlichkeit, und so glaubte man, feststellen zu können, daß hier ein „neuer Stil“ in der Lohnpolitik praktiziert werde.

Ganz anders verlief die Tarifbewegung in der *metallverarbeitenden Industrie*. Hier gibt es keinen Bundestarifvertrag wie in der Bauwirtschaft, sondern 23 sogenannte regionale Tarifverträge. Seit langem geht das Bestreben der Arbeitgeber in dieser Industrie dahin, zentrale Verhandlungen für alle Tarifverträge zu führen und dementsprechende Abmachungen zu treffen. Diese Entwicklung fand ihren ersten merkbaren Niederschlag in dem Stufenplan für die Arbeitszeitverkürzung in der metallverarbeitenden Industrie. Dieser „Bremer Plan“ legte zentrale Besprechungen fest. Die Arbeitgeber haben von da an mit wachsendem Erfolg versucht, die Tarifvertragsverhandlungen zentral zu steuern und sie haben die regionalen Arbeitgeberverbände durch entsprechende Beschlüsse bindend koordiniert. So wurde die Tarifbewegung der metallverarbeitenden Industrie, die zunächst durch Kündigung des Tarifvertages in Nordwürttemberg-

Baden eingeleitet wurde, sofort eine zentrale Bewegung, von der 2,5 Mill. Arbeiter erfaßt wurden.

Die Arbeitgeber hatten es zuvor abgelehnt, über neue Verträge zu verhandeln, bevor die geltenden Verträge gekündigt waren. Auch lehnte man es ab, zuvor ein neues Schlichtungsabkommen mit der Industriegewerkschaft Metall zu vereinbaren. Man verlangte vielmehr eine Koppelung der Lohn- und Schlichtungsfrage und forderte eine *Lohnpause*.

Dadurch wurde die Industriegewerkschaft Metall gezwungen, die Tarifverträge zu kündigen und — sie hatte die erstmalige Kündigungsmöglichkeit bewußt nicht wahrgenommen, um die Schlichtungsverhandlungen nicht zu erschweren — ihre Forderungen bekanntzugeben. Die Forderungen betragen 8 vH. Umgerechnet auf die bisher geltenden tariflichen Facharbeiterstundenlöhne in den verschiedenen Tarifvertragsgebieten ergab das eine Durchschnittsstundenlohnerhöhung von rund 22 Pf. Seitens der Gewerkschaft wurde aber erklärt, daß ein neuer Tarifvertrag auf der Basis von 6 vH Erhöhung = 16,5 Pf akzeptiert würde.

Da die Arbeitgeber auch diesen Vorschlag ablehnten und keine Basis für reale Verhandlungen offenließen, mußte es zum Streik kommen. Der Streik wurde mit einer totalen Aussperrung durch die Arbeitgeber in Württemberg-Baden beantwortet. Die Bewegung endete mit einer zentralen Vereinbarung, die in den regionalen Tarifverträgen ihren Niederschlag fand. Die Löhne wurden um 5 vH = durchschnittlich 14 Pf auf den Facharbeiterstundenlohn erhöht. Die Verträge haben eine Laufzeit von 17 bzw. 18 Monaten. Zum Ausgleich für diese längerfristige Laufzeit werden die Löhne am 1. April 1964 nochmals um 2 vH = 5 Pf erhöht.

In der Öffentlichkeit hat diese Tarifbewegung eine große Reaktion hervorgerufen. Der Industriegewerkschaft Metall wurden nicht nur eine „veraltete Lohnpolitik“, sondern „alte klassenkämpferische Verhaltensweisen“ vorgeworfen. Der Ruf nach einer Versachlichung der Lohnpolitik wurde mit dem Hinweis auf das „machtpolitische Verhalten“ der Gewerkschaften unübersehbar in einem Teil der Presse forciert. Die Forderung an die Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung der Streiks zu treffen bzw. den „Zwang zur freiwilligen Schlichtung“ im Tarifvertragsgesetz einzubauen, wurde verstärkt.

Vergleicht man beide Tarifbewegungen kritisch, dann ist festzustellen, daß die Erhöhung der Löhne in der Bauwirtschaft höher ist, wie überhaupt der materielle Erfolg der Bauarbeiter größer ist als in der metallverarbeitenden Industrie. Bezieht man sich bei der Bemessung der Lohnerhöhungen auf den Produktivitätszuwachs, dann wären die Voraussetzungen für die Lohnerhöhungen in der metallverarbeitenden Industrie mindestens so günstig gewesen wie in der Bauwirtschaft.

Zieht man die Beschäftigungs- und Auftragslage der beiden Gewerbe- bzw. Industriegruppen in Betracht, so ergeben sich kaum große Divergenzen. Einen Unterschied könnte man sicher darin sehen, daß es in der Bauwirtschaft, wie mir ein Vertreter eines sehr bedeutenden Bauunternehmens erklärte, leichter ist, die höheren Lohnkosten auf die Preise abzuwälzen. Zieht man demgegenüber den von den Arbeitgebern in der metallverarbeitenden Industrie sicherlich einkalkulierten Streik bzw. die Aussperrung mit in die Gesamtkosten ein, dann kann man zu der Feststellung kommen, daß die Ertragslage der Unternehmen in dieser Industrie so ist, daß man diesen Verlust „gut verschmerzen“ kann. Der Beweis dafür wird sicherlich in einigen Monaten deutlich werden.

II

Was haben nun diese beiden Tarifbewegungen, die ein Spiegelbild unserer ganzen Tarifpolitik abgeben, deutlich gemacht?

LOHNPOLITIK IN EINER FREIEN WIRTSCHAFT

Zunächst kann man wohl feststellen, daß die sogenannte Sachlichkeit der Lohnpolitik in der freien Wirtschaft sehr enge Grenzen hat und höchst subjektiven Anschauungen ausgesetzt ist. Die Unternehmer und die sogenannte Öffentlichkeit haben das in diesen beiden Lohnbewegungen deutlich demonstriert. In dem einen Fall sprach man von einer sachlichen Lohnpolitik sicherlich deshalb, weil sie „verbindlicher“ war und die „Aufregungen“ vermied. Die Gewerkschaft handelte „sachlich“, indem sie sich auf den Produktivitätszuwachs und die gute Konjunktur berief, und die Unternehmer zeigten sich eben aus dieser auch für sie günstigen Konjunkturlage heraus und weil sie in den Bauverträgen die Lohnkostenklauseln haben, die jedes Kostenrisiko vom Lohn her ausschließen, ebenfalls sehr „sachlich“.

In der metallverarbeitenden Industrie waren die Voraussetzungen für diese Sachlichkeit ebenfalls weitgehend gegeben, nur wurden sie von den Arbeitgebern nicht wahrgenommen wie in der Bauwirtschaft. Man wollte von der Gewerkschaft einfach nicht immer wieder mit Forderungen belästigt werden. Hier sprachen sicherlich Ressentiments und Unnachgiebigkeit ein stärkeres Wort. Dem Argument der uneinheitlichen Konjunkturlage hätte man längst begegnen können, wenn man dem Willen der Gewerkschaft auf „betriebsnahe Tarifverträge“ Rechnung getragen hätte.

Es ist also die Sachlichkeit in der Tarifpolitik sehr bedingt und die Macht spielt eine ebenso große Rolle. Das bestätigt auch Prof. v. *Nell-Breuning*, indem er feststellt, „daß die Macht auch an der Lohnfrage und Lohnpolitik nicht ganz unbeteiligt ist; sie spielt auch hier eine gewisse Rolle, insoweit nämlich, als es manchmal notwendig ist, der Einsicht in Vernunftgründe durch Machtdruck ein wenig nachzuhelfen“¹⁾.

Es steht am Anfang der tarifpolitischen Auseinandersetzungen bei den Gewerkschaften nicht die Macht im Vordergrund. Es ging ständig darum, entsprechend der sozialen Lage der Arbeitnehmerschaft und dem Leistungsvermögen der Wirtschaft zu „vernünftigen Regelungen“ zu kommen. Sie haben sich deswegen auch keinen „friedlichen Lösungsmöglichkeiten“ verschlossen. Sie bekennen sich nach wie vor zu einer freiwilligen Schlichtung und sie sind selbst da, wo es diese freiwilligen Schlichtungen nicht gibt oder wo diese versagten, den Vermittlungsversuchen von verantwortlichen Persönlichkeiten nicht ausgewichen.

Diese Tatsache ist wohl sehr deutlich durch die Industriegewerkschaft Metall herausgestellt worden. Sie hat sich während der ganzen Tarifbewegung keinem vermittelnden Gespräch entzogen und war allen Schlichtungsversuchen von Regierungsstellen zugänglich. Von den Arbeitgeberverbänden in der metallverarbeitenden Industrie und auch von denen in anderen Wirtschafts- und Gewerbegruppen ist das nicht so vorbehaltlos zu behaupten. In Nordrhein-Westfalen hat man während der Tarifbewegung in der metallverarbeitenden Industrie ein Schlichtungsgespräch mit dem Landesschlichter der Regierung seitens der Arbeitgeber abgelehnt. Obschon nach Aussagen der Arbeitgeber nur noch geringe Differenzen über die zur Verhandlung stehende Schlichtungsordnung in der Metallindustrie bestehen, lehnte man eine Vereinbarung vor der Tarifikündigung ab. In anderen Bereichen, wo die Arbeitgeber sich stärker wähnen als die Gewerkschaften bzw. wo sie keine Streiks zu befürchten brauchen, lehnen sie freiwillige Schlichtungsvereinbarungen ab.

Es trifft sicherlich nicht zu, daß im „Bewußtsein“ der Gewerkschaften „die Lohnfrage ausgesprochenermaßen als Machtfrage“²⁾ steht. Wie sehr es ihnen um die Versachlichung geht bzw. sie die Lohnpolitik als eine Angelegenheit des Sachverständes betrachten, das beweisen wohl ihre fortgesetzten Forderungen nach einer Objektivierung der wirtschaftlichen Tatbestände. Deshalb doch auch ihre Forderung nach einem „neutralen

1) Vgl. O. v. Nell-Breuning: Selbstverständnis und Selbsterkenntnis der Gewerkschaften, erschienen in „Stimmen der Zeit“, Oktober 1962.

2) O. v. Nell-Breuning, a. a. O.

Gremium“, das alle wirtschaftlichen Daten objektiv ermitteln soll. Diese „Objektivität“ und die „Aufbereitung der wirtschaftlichen Daten“ bedeuten aber sicher noch nicht, daß die Tarifpolitik einer rein rechnerisch und mechanisch bestimmten Lohnzuteilung aus dem Wirtschaftsertrag Platz machen müßte. So sehr man zur Objektivierung der wirtschaftlichen Daten eines „neutralen Gremiums“ bedarf — die tarifpolitischen Entscheidungen können durch ein solches Gremium nicht ersetzt werden.

Solange keine anderen wirksamen Mittel der gerechteren Ertragsverteilung gefunden und angewandt werden, bleibt die Tarifpolitik der Gewerkschaften für den Arbeitnehmer der bessere Teil der Einkommens- und Vermögenspolitik überhaupt. Dabei sind sich die Gewerkschaften absolut bewußt, daß sie über „kein Machtmittel verfügen“, das verhindert, „daß die höheren Löhne in Gestalt höherer Verbraucherpreise zu den Unternehmern zurückfließen“³⁾.

So sehr zu bestreiten ist, daß alle erhöhten Löhne in Form höherer Preise an die Unternehmer zurückfließen, ist aber festzustellen, daß es keine irgendwie geartete Lohnpolitik gibt, die die Preisentwicklung entscheidend bestimmen würde. Dafür bieten uns Länder mit einer andersgearteten oder „maßvolleren“ Lohnpolitik den besten Beweis. Selbst Länder wie Österreich, die Niederlande, Schweden u. a., in denen man die „Lohnhöhe nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten festsetzt“ oder an dem Produktivitätsfortschritt orientiert, haben einen größeren Kaufkraftverfall zu verzeichnen als die Bundesrepublik.

*Internationaler Vergleich über die Steigerung
der Verbraucherpreise*

Stand: Februar
1963 1950 - 100

| | | | |
|----------------|-----|----------------|-----|
| Schweiz | 126 | Großbritannien | 165 |
| Belgien | 126 | Japan*) | 170 |
| USA | 127 | Schweden | 170 |
| Kanada | 129 | Norwegen | 175 |
| Bundesrepublik | 133 | Österreich | 173 |
| Niederlande | 147 | Finnland | 177 |
| Dänemark | 157 | Frankreich | 192 |
| Italien | 158 | | |

•) Bis Dezember 1962.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Internationale Monatszahlen und Berechnungen der Abteilung Tarifpolitik des DGB.

Es hat noch keine Zeit in der modernen Geldwirtschaft gegeben, in der bei einem ständigen Wachstum der Wirtschaft die Preise stabil geblieben -wären. Auch ist hinlänglich bekannt, wie viele Politiken auf die Preis- und Währungsstabilität einwirken. Ich brauche sie hier nicht alle aufzuzählen. In einer „freien Wirtschaft“ gilt auch das Gesetz der Preisbestimmung durch Angebot und Nachfrage nur bedingt. Der Bindungen in der „freien Wirtschaft“, die die Preisentwicklung wesentlich beeinflussen, gibt es viele. Es wäre eine Utopie, zu glauben, daß sie durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik gelöst werden könnten.

III

Alle bisherigen Vorschläge für eine Lohnpolitik, die dem Arbeitnehmer ein wachsendes Einkommen bei stabilen Preisen garantieren sollen, sind theoretischer Natur. Das trifft zu für eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, wie bereits dargelegt; und das gilt auch für eine sogenannte vermögensbildende Lohnpolitik über den Investivlohn.

3) O. v. Nell-Breuning, a. a. O.

LOHNPOLITIK IN EINER FREIEN WIRTSCHAFT

In der Praxis stößt die Frage u. a. auf die absolut ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände. Sie wollen keine allgemeine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmungen.

Der im Betrieb investierte Lohn würde zwangsläufig dazu führen, es sei denn, der Investivlohn würde nicht investiert, sondern als eingesparter Lohn in Kapitalsammelstellen fließen, wo er dann für notwendige Investitionen den Unternehmungen wieder zur Verfügung stünde. Das ist aber auch jetzt schon praktisch der Fall, denn es werden zunehmend Teile des Arbeitseinkommens gespart und stehen über Geld- und Kreditinstitute den Unternehmungen als Kredite zur Verfügung.

Bedeutet der Lohn aber nur ein Sparen von Lohnanteilen über die Unternehmungen, dann ist nicht einzusehen, warum das über diesen umständlichen Weg des Zwangssparens besorgt werden soll. Zweifellos könnte mit einem solchen Zwangssparen vorübergehend ein Nachfragerückgang oder zumindest ein relativer Nachfragestillstand erreicht werden. Ob dieser Rückgang oder Stillstand zu einer Preisstabilität führen würde, ist sehr fraglich, da, wie bereits dargelegt, die durch das Lohn- und Gehaltseinkommen gegebene Kaufkraft allein nicht entscheidend für die Preisentwicklung ist. Es darf nicht übersehen werden, daß vom gesamten Sozialprodukt rund 91 Md. DM (1962) in die Privatinvestitionen und damit zunächst in die Nachfrage, und vom Staatsverbrauch in Höhe von rund 50 Md. DM (1962) ebenfalls der größte Teil, sei es über die Rüstung, die staatlichen Subventionen vor allem im Bauwesen u. a. in die Nachfrage geht und damit auf die Preisentwicklung einwirken.

Es ist auch die Frage zu stellen, welche Folgerungen sich aus einem relativen Nachfragestillstand oder gar aus einem Nachfragerückgang für die Produktionsentwicklung und damit für die Vollbeschäftigung ergeben würden. Die Annahme, daß zunächst durch einen Preisrückgang dem Verlust an Nachfrage begegnet werden könne, hat sich längst als falsch erwiesen.

Wenn es wirklich zutreffen sollte, daß jede Lohnerhöhung wegen der Kostenverteuerung zu höheren Preisen führen müsse, dann ist nicht einzusehen, daß bei gleichbleibenden Löhnen unter schwierigen Produktionsbedingungen ein Preisrückgang möglich wäre. Es wäre erst recht zu bezweifeln, daß die gesparte Kaufkraft im Zeichen einer stagnierenden Produktion nun von den Unternehmungen fremd investiert würde.

IV

Wenn es aber nicht zutrifft, und dieser Auffassung bin ich, daß jede Lohnerhöhung infolge höherer Kosten nun unbedingt zu höheren Preisen führen muß, dann ist doch die Frage nach den Mitteln zu stellen, die ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindern. Hier aber rühren wir wieder an die Prinzipien einer freien Wirtschaft.

Sicher gibt es Mittel, die Preise, oder besser ausgedrückt die Preisforderer, unter Druck zu setzen. Der Staat könnte mit einer entsprechenden Zoll-, Steuer- und Subventionspolitik diesen Druck ausüben. Aber der Staat macht entweder nicht oder nur zögernd oder verspätet davon Gebrauch. Sicherlich hat hier Prof. v. *Nell-Breuning*⁴⁾ recht, wenn er sagt, daß es ein Aberglaube sei, anzunehmen, die Regierung verfüge über die Macht, zu verhindern, daß höhere Löhne zu höheren Preisen führen.

So aber versucht man, den Anschein zu erwecken, die Gewerkschaften hätten es in der Hand, mit ihrer Lohnpolitik über Preis- und Währungsstabilität zu bestimmen. Da die Preise nun nicht stabil bleiben, ist entsprechend dieser Auffassung die Lohnpolitik

4) A. a. O.

der Gewerkschaften falsch. Und da die Gewerkschaften nicht bereit sind, von ihrer aktiven Lohnpolitik abzulassen und sich weiter um eine Erhöhung der Löhne bemühen, wird ihr Verhalten als wirtschafts- und volksschädlich hingestellt. Dadurch, daß sie sich jede „staatliche Einmischung“ in ihre Lohnpolitik verbitten, „gebärden sie sich nicht etwa als Staat *im* Staat, sondern als Staat *neben* dem Staat“⁵⁾. Solche Vorwürfe sind unbegründet, aber sie deuten sicher ein Unbehagen über die Preis-Lohn-Währungsentwicklung an. Dieses Unbehagen ist sicher berechtigt und erfüllt nicht nur die Kritiker der Gewerkschaften, sondern es erfüllt die Gewerkschaften selbst.

Die Gewerkschaften wissen nur zu gut, daß sie kein Staat in oder neben dem Staat sind. Auch überschätzen sie ihre Macht nicht. Die Gewerkschaften sind vielmehr ein gesellschaftlicher Verband neben anderen Verbänden. Da sie sich in eine freie, demokratische Gesellschaft einordnen und die Pluralität in der Gesellschaft bejahen, haben sie ihrer Macht selbst die Grenzen gezogen. Sie können sicher versuchen, ihre Ansichten und Auffassungen vorzutragen und auf die Realisierung ihrer Forderungen drängen. Sie können aber die Realisierung nicht unbedingt erzwingen. Selbst in der Lohnpolitik können sie das nur bedingt. Das einzige Mittel, das ihnen hier als reale Macht zur Verfügung steht, ist der Streik. Aber auch von diesem Mittel wird nur ungern und relativ selten Gebrauch gemacht. Es ist nicht einmal ein lediglich den Gewerkschaften zur Verfügung stehendes Machtmittel, wie es der Arbeitskampf in der metallverarbeitenden Industrie gezeigt hat. Der Staat, d. h. die Regierungen, zögern im übrigen nicht, sich vermittelnd in drohende oder bereits gegebene Arbeitskämpfe einzuschalten. Noch keine Gewerkschaft hat sich diese „staatliche Einmischung“ verboten.

Man kommt bei einer kritischen Würdigung der Vorwürfe zu der Auffassung, daß das Unbehagen über die Lohnpolitik zwar gegeben ist, sich aber bei vielen Kritikern an einer falschen Betrachtung der sozialökonomischen Verhältnisse orientiert hat. Die sozialökonomische Entwicklung vollzieht sich weder nach wissenschaftlichen Gutachten noch nach wirtschaftstheoretischen Konstruktionen — auch wenn diese immer wieder Gegenstand der Diskussionen zwischen den gesellschaftlichen und Interessenverbänden sind. Es soll auch nicht bestritten werden, daß durch diese Diskussionen immer wieder Kompromisse in den sozialökonomischen Auseinandersetzungen zustande kommen. Der Kompromiß ist wohl überhaupt das Bindemittel in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Der Kompromiß sagt aber nicht aus, daß man in den Auffassungen und Zielsetzungen übereinstimmt.

So haben wir es auch in der Lohnpolitik in einer freien Wirtschaft immer mit Kompromissen zu tun, die in den Tarifverträgen ihren Niederschlag finden. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften wäre überfordert, wenn man von ihr eine Änderung der gegebenen Wirtschaftsordnung verlangen würde. Das wäre nur möglich, wenn der lohnpolitische Gegenspieler und der Staat dazu seine Hand geben würde.

Solange unsere Sozial- und Wirtschaftsordnung auf dem lohn- und gehaltsabhängigen Arbeitsverhältnis aufbaut, wird sich die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften daran orientieren müssen. Die Abhängigkeit zu mildern, ist wesentliche Aufgabe der Sozialpolitik. Ihr ist es gegeben, die „soziale Sicherheit“ mehr und mehr zu garantieren. Bei der Lohnpolitik kommt es darauf an, das höchstmögliche Lohn- bzw. Gehaltseinkommen für die Arbeitnehmer zu erreichen. Dabei sind zweifellos die realen „wirtschaftlichen Fakten“ zu berücksichtigen. Es ist nicht erwiesen, daß die Gewerkschaften sie bisher außer Betracht gelassen und nur rücksichtslos ihre „Macht“ eingesetzt hätten. Es bleibt aber die Frage, ob andere Verbände bzw. deren Mitglieder das gleiche von sich behaupten und beweisen können.

5) O. v. Nell-Breuning, a, a. O.

Die Bedeutung der Tarifbewegung in der Metallindustrie

Die große Tarifbewegung in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt noch heute in einem starken Maße die Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften und viele andere Beobachter sind sich darüber einig, daß das hervorstechendste Merkmal dieser Tarifbewegung ihr gesellschaftspolitischer Charakter war.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch das erzielte Ergebnis beurteilt werden. Es ist dabei nicht nur zu berücksichtigen, was materiell erreicht werden konnte, sondern ebenso sehr auch, was durch unseren Widerstand verhindert werden konnte.

Blenden wir noch einmal kurz zurück: Die metallindustriellen Arbeitgeber hatten sich zunächst zwei große Ziele gesetzt:

1. Eine zeitlich nicht begrenzte Lohnpause, also die Verhinderung einer Anpassung der Löhne und Gehälter an die gestiegenen Preise und einer Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer, mit der Begründung, die Metallindustrie sei nicht mehr in der Lage, höhere Löhne und Gehälter zu zahlen.

2. Den vereinbarten Stufenplan über eine Arbeitszeitverkürzung um mindestens ein Jahr hinauszuschieben.

Statt dessen wurde von uns eine Erhöhung von 5 vH für die Zeit vom 1. April 1963 bis 31. März 1964 durchgesetzt, sowie eine weitere anschließende Erhöhung um 2 vH für die Zeit bis zum 30. September 1964, bei einer Laufzeit der Verträge von 18, bzw. 17 Monaten. Außerdem wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um fünf Viertelstunden auf Grund des Bad Homburger Abkommens ab 1. Januar nächsten Jahres mit einem Lohn- und Gehaltsausgleich von 3 vH endgültig in Lohn- und Gehaltstafeln aufgenommen. Damit ist bestätigt, daß es über diesen Punkt für uns keine weitere Diskussion geben kann.

Der gesellschaftspolitische Charakter dieser in der Nachkriegszeit wohl bedeutungsvollsten Tarifbewegung kann nur dann richtig gewürdigt werden, wenn man sich die Absichten der metallindustriellen Arbeitgeber und im Verein damit der Bundesregierung vor Augen führt. Zunächst einmal sind die Metallindustriellen von vornherein ernsthaften Verhandlungen mit uns bewußt aus dem Wege gegangen. Sie hatten es darauf abgestellt, diese Tarifbewegung zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften zu benutzen. Worauf sie hinauswollten, verrät eindeutig die Bemerkung des *Industriekuriers*, daß dieser Lohnkonflikt Auskunft auf die Frage geben könne, wer in der deutschen Wirtschaft eigentlich etwas zu sagen habe. Die Metallindustriellen hielten die Stunde für gekommen, um der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Niederlage beizubringen. Unter dem fadenscheinigen Vorwand, im wohlverstandenen Allgemeininteresse zu handeln und die Bundesrepublik vor angeblichem wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, wollten sie ihren Herr-im-Hause-Standpunkt durchsetzen.

Auf dieser Linie lag auch die von den Arbeitgebern verfügte *totale Aussperrung* in Baden-Württemberg. Sie stützten sich darauf, daß nach der herrschenden Arbeitsrechtslehre Streik und Aussperrung gleichberechtigte und gleichwertige Kampfmittel der Tarifparteien sein sollen. Dieses Prinzip der formalen Gleichstellung ungleicher gesellschaftlicher Tatbestände entspricht jedoch keineswegs dem Gebot sozialer Gerechtigkeit. Streikende Arbeitnehmer und aussperrende Arbeitgeber befinden sich keineswegs in der gleichen sozialen Position.

Für die Gewerkschaften ist und bleibt *der Streik das letzte, aber auch unentbehrliche Mittel*, um ihre Aufgabe zu erfüllen und den Forderungen der arbeitenden Menschen Gehör zu verschaffen. Ohne dieses Mittel wären sie dem sozialen Druck

der Arbeitgeber hilflos ausgeliefert. Sie müßten sich ihrem Diktat beugen, ohne die Möglichkeit zu haben, etwas dagegen unternemen zu können. Die Arbeitnehmer haben als einzige Grundlage ihrer Existenz und der ihrer Familien nur ihre Arbeitskraft anzubieten. Deshalb ist auch die Verweigerung dieser Arbeitskraft letzten Endes das Mittel, mit dem sie in einer wirtschaftlichen Konjunkturperiode hoffen können, ihre Forderungen durchzusetzen. Niemals haben sie von diesem Mittel leichtfertig Gebrauch gemacht. Das beweist nicht nur die Streikstatistik. Es ergibt sich auch daraus, daß sie mit der Verweigerung ihrer Arbeitskraft genötigt sind, gleichzeitig ihre materielle Existenz aufs Spiel zu setzen.

Anders verhält es sich mit der *Aussperrung*. Sie richtet sich *gegen die Existenz des Arbeitnehmers*, indem sie ihn des Arbeitsplatzes und damit seiner Verdienstmöglichkeit beraubt. Demjenigen aber, der sie anwendet, das heißt dem Unternehmer selbst, fügt sie keinen Schaden zu. Er bleibt weiterhin Eigentümer und Besitzer der Produktionsmittel. Seine wirtschaftliche Existenz ist also in keiner Weise bedroht, auch wenn er eine Zeitlang nichts herstellen kann und eventuelle Gewinneinbußen in Kauf nehmen muß. Im übrigen zeigt das sprunghafte Steigen der Börsenkurse nach dieser Tarifbewegung am besten, was es mit der angeblichen wirtschaftlichen Untragbarkeit der gewerkschaftlichen Forderungen und mit den Verlusten der Unternehmer auf sich hat.

Heute wissen wir es genau: Das Verhalten der Arbeitgeber in diesem Lohnkonflikt war *von langer Hand vorbereitet* worden. Mit Hilfe der Meinungsforschung hatte man sich ein Bild von der Stimmung der Arbeiter zu machen versucht. Bedenkenlos hat man viermal soviel Arbeitnehmer ausgesperrt, wie sich im Streik befanden. Äußerungen wie: „Jetzt können wir eine Aussperrung noch finanziell verkraften“ machen deutlich, was beabsichtigt war. Damit ist der beste Beweis geliefert, wie weit wir immer noch in der Bundesrepublik davon entfernt sind, die sozialen Gegensätze überwunden zu haben, und wie notwendig es ist, daß den Gewerkschaften unter allen Umständen das Streikrecht erhalten bleibt.

Es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß die Arbeitgeber die *Aussperrung als politisches Kampfmittel* betrachtet haben. Sie haben es immer dann angewendet, wenn sie versuchten, den Einfluß der Gewerkschaften zu brechen und ihre organisatorische Festigung zu stören. So ist die Aussperrung besonders in der Anfangszeit der Gewerkschaftsbewegung regelmäßig benutzt worden, um die Entstehung gewerkschaftlicher Organisationen zu verhindern. Es war noch Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland gang und gäbe, daß die Unternehmer auf jeden Streik, ob klein oder groß, mit der Aussperrung reagierten. Sie mußten allerdings erleben, daß sich auf diese Weise der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeitnehmer und die Bildung starker Gewerkschaften nicht aufhalten ließen. Das hat sie jedoch nicht davon abgehalten, die Aussperrung als Kampfmittel immer wieder hervorzuholen, sobald sie es auf eine Machtprobe ankommen lassen wollten.

Der beste Beweis dafür ist *die große Aussperrung von über 200 000 Arbeitnehmern in der westdeutschen Metallindustrie im Jahre 1928*. Sie richtete sich ganz eindeutig gegen die Gewerkschaften und gegen die damalige Reichsregierung, die von den Sozialdemokraten geführt wurde. Nach einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch, dem sich die Gewerkschaften trotz größter Bedenken unterworfen hatten, griffen die Arbeitgeber unter Berufung auf formale Mängel des Schlichtungsverfahrens zur Waffe der Aussperrung. Ihr Angriff richtete, sich nicht nur gegen den Inhalt des gefällten Schiedsspruchs, sondern gegen das gesamte damals bestehende Schlichtungswesen und damit *gegen die staatliche Autorität*. Die Reichsregierung wich damals leider zurück und verstand sich dazu, einen neuen Schlichter vorzuschlagen, dessen Spruch sich beide Parteien von vornherein unterwerfen sollten. Sie ermöglichte damit den Arbeitgebern

in ihrem Kampf gegen die politische und soziale Ordnung der Weimarer Republik einen Erfolg, der sich in den nächsten Jahren noch verhängnisvoll auswirken sollte.

Heute ist die Lage insofern anders, als wir einmal wirtschaftlich keineswegs vor einer Krise stehen, sondern uns immer noch in einer Periode der Konjunktur befinden, wenn diese auch nicht mehr so hektisch ist wie in den vergangenen Jahren. Außerdem operieren die Metallindustriellen heute nicht gegen eine von der Sozialdemokratie geführte Bundesregierung, sondern sie befinden sich im Gegenteil im besten Einvernehmen mit der von der CDU/CSU und der FDP bestimmten Politik der Bundesregierung.

Aus allem ergibt sich, daß es den Metallindustriellen in dieser Tarifbewegung keineswegs darum ging, mit Hilfe der Aussperrung sachlich unbegründete oder wirtschaftlich untragbare Forderungen der IG Metall abzuwehren. Es ging ihnen vielmehr um eine *politische* Entscheidung, und deshalb haben sie es für richtig befunden, zu diesem alten antigewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen. Sie haben sich auch gar nicht gescheut das zu sagen, indem sie offen erklärten, eine „harte“ Tarifbewegung müsse endlich einmal Klarheit über das Verhältnis der „Sozialpartner“ zueinander schaffen. Und wie sie sich im Grunde dieses Verhältnis immer vorgestellt haben und auch heute noch vorstellen, das macht die zitierte Bemerkung des *Industriekuriers* hinreichend klar.

Damit beantwortet sich auch die vielfach gestellte Frage, ob die Tarifbewegung in der Metallindustrie nicht gezeigt hätte, daß Streik und Aussperrung als Mittel der sozialen Auseinandersetzung überholt seien. Nach dem bereits Gesagten ist die Antwort darauf schon gegeben. Es ist nun einmal nicht möglich, die Tarifautonomie und das gewerkschaftliche Koalitions- und Streikrecht zwar in Worten anzuerkennen, es aber in der Praxis abzulehnen, weil der Streik angeblich unpopulär und nicht mehr zeitgemäß ist. Warum der Streik in Baden-Württemberg unzeitgemäß gewesen sein soll, müßte erst noch bewiesen werden. Nach seinem Verlauf und dem Ergebnis zu urteilen, ist das gerade Gegenteil der Fall. Davon abgesehen ist ein Recht, das nicht ausgeübt werden darf, ein Unsinn. Es ist genausowenig wert wie ein Versprechen, das nicht erfüllt wird. Es muß immer wieder gesagt werden: Der Streik ist das legitime, verfassungsmäßig anerkannte Recht der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Die Frage zu stellen, ob der Streik noch zeitgemäß ist, heißt gleichzeitig zu fragen, ob die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat ist.

Der Streik in Baden-Württemberg war notwendig, weil die Arbeitgeber Verhandlungen ablehnten. Wir wollten zunächst erreichen, daß die Verhandlungen wieder in Gang kamen. Die Antwort der Arbeitgeber darauf war die Aussperrung. Damit war jede Verhandlungsmöglichkeit von ihnen brüsk abgeschnitten worden. In diesem Punkt gibt es kein nachträgliches Sich-Herausreden. Dieser Effekt war gewollt. Nicht als die verantwortliche und legitime Verhandlungspartei wollten die Metallindustriellen die Tarifbewegung zu Ende bringen: Es lief darauf hinaus, durch die provokatorische Massenaussperrung das Einschalten des Staates zu erzwingen. Wir möchten hoffen, daß die Erfahrungen mit der willkürlichen Aussperrung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen schrecken und daß wenigstens nachträglich klar wird, daß auf diese Weise die Beziehungen der Tarifpartner untereinander nicht verbessert werden können.

Wir haben noch vor Beginn der Tarifbewegung darauf hingewiesen, daß wir, gerade im Hinblick auf eine bevorstehende Auseinandersetzung, die Regelung der Schlichtungsfrage zwischen IG Metall und Gesamtmetall für dringend erforderlich hielten. Wir waren bereit, die Gespräche darüber parallel zu den Tarifverhandlungen weiterzuführen. Die Arbeitgeber haben das unverständlicherweise abgelehnt. Der Verlauf der Auseinandersetzung hat dann gezeigt, wie wichtig es gewesen wäre, wenn man vor Ausbruch des Arbeitskampfes bereits ein Schlichtungsverfahren hätte in Anspruch nehmen

können. Hoffen wir, daß nun wenigstens nach Beendigung des Konflikts ein neues Abkommen möglich wird. Wir betrachten es einerseits als notwendigen Bestandteil der Tarifautonomie, andererseits halten wir es im Hinblick auf die Diskussionen in der Öffentlichkeit für dringend erforderlich, *die Schlichtungsfrage in eigener Verantwortung der Tarifvertragsparteien zu lösen* und auf diese Weise allen möglichen Plänen zum staatlichen Eingreifen in die Tarifautonomie den Boden zu entziehen.

Sinn und Zweck einer künftigen Schlichtungsvereinbarung für die Metallindustrie muß sein, daß vor dem Ausbruch des Arbeitskampfes bzw. nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen noch einmal der Versuch einer Einigung auf friedlichem Wege gemacht wird. *Keinesfalls darf das aber auf eine Beschränkung des Streikrechts hinauslaufen.* Denn die entscheidende Lehre, die in dieser Auseinandersetzung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung liegt, lautet gerade: Auch in Zukunft muß die ungehinderte Ausübung des Koalitions- und Streikrechts unter allen Umständen gewahrt bleiben. Das ist besonders wichtig für die nächste Zeit, in der wir zweifellos vor weiteren harten Auseinandersetzungen stehen. Es ist unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Gewerkschaften nach wie vor imstande sind, ihre Aufgaben zum Wohle der arbeitenden Menschen zu erfüllen, den Fortschritt zu sichern und ihren Beitrag zur Verwirklichung einer wahrhaft demokratischen Gesellschaftsordnung zu leisten.

KARL POTTMANN-MERZENICH

Gewerkschaften bilden neue Lebensformen

Im Für und Wider gegen die Gewerkschaften geht vieles an nüchterner Wertschätzung dieser soziologischen Formation verloren. Die moderne Industriegesellschaft erlebt gerade eine historische Phase der Restauration. Ratlos steht der geistige Mensch des Tages samt seinen Gefolgschaften der Welt von heute gegenüber. Die reine Profitwirtschaft beherrscht zwar die Wirklichkeit; sie findet jedoch nur selten geistige Befürworter.

Die Wirklichkeit, der heutige Tag funktionieren auf den Fundamenten einer vergangenen Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie. Aller Wahrscheinlichkeit nach gilt dieses sowohl für die westliche als auch für die östliche Welt. Dabei sind Emotionen an die Stelle von Wissen getreten. Man weiß nicht mehr, man fühlt.

Hinzu treten aufgestaute Irrtümer und Vorurteile. Ganz besonders die Gewerkschaften begegnen diesen Ausdrucksformen des „Nichtwissens“ auf allen Lebensgebieten. Wahrscheinlich bildete sich in keinem anderen westlichen Industriestaat eine solche Front von selbst tagespolitischem Verhalten auf der Basis dieses „Nichtwissens“ wie in der *Bundesrepublik*.

Dabei liegt für jeden aufmerksamen Betrachter auf der Hand, daß sich im Schoße der Gewerkschaften die aktivsten und fruchtbarsten Geister der größten gesellschaftlichen Schicht unserer Völker gesammelt haben und täglich neu sammeln.

Jeder politische Mensch weiß, zumindest könnte es jeder wissen, der nicht durch die aufgestauten Vorurteile geblendet wird, daß die Gewerkschaften gleichermaßen von den Machthabern des Ostens als auch von denen des Westens grundsätzlich abgelehnt werden. Beide ideologischen Lager haben Ersatzgründungen für freie Gewerkschaften geschaffen. Es braucht nur an die gelben Gewerkschaften, an die Arbeitsfront und an die Staatsgewerkschaften erinnert zu werden.

Trotzdem scharen sich die Arbeitnehmer immer wieder um freie Gewerkschaften. Offensichtlich ist deren Funktion grundsätzlicher als jede Ideologie. Sie stehen in unserer Industrielwelt als eine Institution, die Ordnungen gestalten oder Ordnungen erzwingen will. Die Ordnung des richtigen Lohnes, die Gleichgewichtigkeit von Produktion und Konsumtion, die Ordnung richtig verteilter materieller und geistiger Güter und nicht zuletzt die Gleichheit aller in Politik und Recht.

Es gibt Gewerkschafter, die sind eingefleischte Sozialisten jener Art, die man neuerdings in Gewerkschaftskreisen als „altmodische Sozialisten“ bezeichnet. Sicherlich gibt es jedoch weit mehr Gewerkschafter in der freien Welt, und dazu zählen zugleich die einflußreichsten unter ihnen, die bejahen die freie Unternehmerwirtschaft.

Gewissermaßen leben und wirken innerhalb der Gewerkschaften so ziemlich alle bekannten Ideologien und Ordnungsbilder der Gegenwart und der Vergangenheit. Doch kann man gleiches wohl von allen anderen Organisationen der verschiedenen Industriestände sagen, nur daß letztere mehr den „Status quo“ und damit den überaus günstigen Besitzstand ihrer Mitglieder verteidigen, während die Gewerkschaften eben diesen „günstigen“ Besitzstand anzweifeln und ihn im Sinne der sozialen Gerechtigkeit korrigiert sehen wollen, zugunsten ihrer Mitglieder, die in unserer derzeitigen Gesellschaftsordnung benachteiligt sind.

Allen gesellschaftspolitischen Träumen oder Entwicklungsvorstellungen zum Trotz stehen die Gewerkschafter selbst samt der von ihnen getragenen Organisationen mitten im Wirtschaftsgeschehen unseres Alltags. Sie sind allesamt Praktiker des Fortschrittes in kleinen Schritten geworden, Pragmatiker, die der von ihnen erzwungene Fortschritt in kleinen Schritten lehrte, daß es einer großen und recht behutsamen Kunst des Wirtschaftens bedarf, will man solche Massen an Lebensgütern erzeugen, wie sie die von ihnen mitgeformte westliche Wirtschaftsordnung hervorbringt. Denn der Fortschritt in kleinen Schritten hat den Massen der arbeitenden Menschen einen ungleich höheren Lebensstandard und ein ungleich höheres Maß an Freiheit und Rechten beschert als alle Revolutionen.

Jeder westliche und wahrscheinlich auch jeder östliche Gewerkschafter weiß heute, daß es zum Wohlstand der Massen und zum Glück der Arbeiterschaft ganz anderer Dinge bedarf als der Enteignung der Produktionsgüter. Der Enteignungen von Produktionsgütern hat es sehr viele gegeben. Wo es sie gab, blieb der Massenwohlstand aus. Selbst die einfachsten Vorstellungen vom „Arbeiterparadies“ wurden enttäuscht. Diese Enttäuschung aber gab Anlaß zum Nachdenken.

Innerhalb der Gewerkschaften in Ost und West denken wahrscheinlich Hunderttausende hochqualifizierte Menschen, getrieben teils von ihren Herzen, getrieben andernteils von ihrem Intellekt, darüber nach, wie die Dinge zu ordnen wären, wie sie zu ordnen sind, will man ein Optimum an Wohlstand und Wohlbehagen für die Masse der Menschen erwirtschaften.

Theoretiker und Praktiker werken tagaus, tagein, um neue Wege zu entdecken und zu erproben. Alle Tage bilden sich in den Köpfen der Gewerkschafter neue Elementchen einer kommenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Alle Tage bilden sich vor allem in den Riesenbetrieben und großen Industrien der westlichen Welt neue Erfahrungen auf dem Gebiet der Neuordnung des Verhältnisses der Menschen zueinander in der modernen Industrielwelt.

Nichts ist für den Wirtschaftswissenschaftler und für den Politiker interessanter, als diese sich ständig neu bildenden Erfahrungen zu beobachten. Zwar geschieht das sehr selten, so selten, daß hier eine Lanze für diese neue Betrachtungsweise der Gewerkschaften mit allzu geringen Forschungsunterlagen eingelegt werden muß.

Wer weiß schon genau, was sich alles an Wissen um moderne Produktivitätsprobleme im Räume der *deutschen Mitbestimmung* unter den Gewerkschaftern bildet? Wer beachtet überhaupt, in welchem Maße sich *Produktivitätsprobleme* im gewerkschaftlichen Raum nach vorn gespielt haben, in welchem Ausmaße sie selbst die alten Fragen der Neuverteilung des Eigentums verdrängen?

Im vergangenen Jahr besuchte ein alter, verdienter englischer Gewerkschafter eine Kohlen-gruppe in Jugoslawien. Dreißig Jahre lang hatte er die englischen Kohlenbarone kritisiert; fünfzehn Jahre lang hatte er verantwortlich einem riesigen Distrikt von nationalisierten Koh-lengruppen in seinem Heimatland vorgestanden und deren Produktivität erhöht, was nicht al-len seinen Kollegen gleich ihm gelungen war. Er hatte gelernt und seine Bergarbeiter gelehrt, daß keine Industrie zu geben vermag, was nicht vorher in redlicher Arbeit erzeugt wurde. Die sozialisierte Grube in Jugoslawien mit dem Namen Tito erschien diesem gewerkschaftlichen Fachmann als ein Beispiel an armseliger Betriebsführung und diesen seinen Eindruck gab er auch dem Staatschef *Tito* bekannt. Dieser entgegnete der Kritik mit dem Hinweis, diese Grube würde von den besten Marxisten des Landes geleitet. Der alte englische Sozialist entgegnete darauf: „Nicht nur *Marx* sollten diese Leute kennen, sondern auch die Praxis von *Lord Marks!*“ Nun, *Lord Marks of Broughton ist der Leiter von Marks & Spencer*, einer der bedeutendsten Kettenläden in England. Er setzt rd. zwei Md. DM im Jahre um, beste Ware zu niedrigsten Preisen, bei lukrativsten Arbeitsbedingungen für seine 20 000 Beschäftigten. In England wurde er zum Sinnbild für höchste wirtschaftliche Produktivität — ein Vorbild in der Kunst, modern zu wirtschaften, selbst für die englischen Gewerkschafter.

Wer kennt schon in unseren Landen die volle und erstaunliche Wirklichkeit der *österreichischen Kammerndemokratie*. Nirgendwo haben sich die industrieständischen Gruppen so klar, so erkennbar für jedermann, so nüchtern-praktisch geordnet, wie im kleinen Österreich. Hier sind rund ein Drittel aller Arbeitnehmer in verstaatlichten Betrieben beschäftigt. Die verstaatlichten Grundstoffindustrien werden von Gewerk-schaftern und Unternehmern samt Verwaltungsbeamten in gutem Einvernehmen geleitet. Selbst die österreichischen Unternehmer denken nicht daran, den Zustand zu än-dern. Im Bereich der Wirtschaft, wie auf dem vieler anderer Lebensgebiete, hat sich jene Form der Gemeinwirtschaft entwickelt, die man hierzulande ohne allzuviel Sach-verständnis mit „Proporz“ bezeichnet. Nun, die Österreicher haben ihr Wirtschafts-wunder unter den neuen Lebensformen erarbeitet wie wir. Dabei hatten sie es schwe-rer, denn die Russen blockierten ihnen alles. Dann aber kam der Staatsvertrag. Man darf ruhig annehmen, daß den Russen die Kammerndemokratie unheimlich wurde. Stellt sie doch eine Alternativlösung zu Kapitalismus und Sozialismus dar — in der Arbei-ter wie Bürger in sozialem Frieden integrierten!

Da gibt es das weitverzweigte und nur ganz behutsam forschenden Soziologen verständliche *Rätesystem in England*. Die Räte nennt man dort *Councils*. Sie existie-ren für jedes und alles, und überall formen die englischen Gewerkschafter in diesen Räten das englische Leben entscheidend mit. Vom Unterstützungswesen bis zum neuen, bedeutenden englischen Wirtschaftsrat (NEDC) erstreckt sich diese alte und doch neue Soziotechnik der Bildung von Ordnung durch das Volk und für das Volk.

Vielgestaltig, oft unscheinbar und manchmal größte Publizität heischend, bildeten sich auch in den *USA* neue, oft recht bedeutende Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern oder Regierung, die in ihrer Art vor Jahrzehnten einfach nicht denkbar gewesen wären. Gewerkschafter haben der Kohleindustrie mit harter Hand die heute weltweit anerkannte Rationalisierung aufgepreßt. Dabei handelte es sich nicht nur um die Steigerung der Produktivität, der Pro-Kopf-Lei-stung, die alle anderen Kohlenindustrien weit in den Schatten stellt, sondern um eine solche Rationalisierung, die gleichzeitig oder gerade dadurch die Arbeitsverhältnisse für die Bergleute verbesserte, wie es nie zuvor erträumt werden konnte. Und (wohlver-standen für den an Subventionen und staatlichem Preisschutz gewöhnten Europäer) alles das wurde erreicht unter relativ sinkenden Kohlenpreisen.

Da war zudem das *New Deal*, jene gewaltige planwirtschaftliche Maßnahme, die entscheidend einen Landstrich von der Größe Bayerns gemeinwirtschaftlich umgestaltete; gleichzeitig aber im ganzen Lande neue Lebensauffassungen und Wirtschaftskonzeptionen entwickelte. Die Gewerkschaften dort zentrierten alles Denken auf Produktivitätssteigerungen. Sie entwickelten dabei eine ihnen allein mögliche Technik der Menschenführung im Betrieb, die an Produktivitätserfolgen wahrscheinlich jede maschinentechnische Neuerung übertrifft. Sie taten dies alles in hartem Gegensatz zu dem älteren Stand der Unternehmer — aber die Entwicklung gab ihnen recht, selbst in den Augen der heutigen USA-Unternehmer.

Erst am 12. März dieses Jahres verlängerte das *dänische* Parlament zwangsweise die Gültigkeit aller geltenden Tarifverträge für zwei Jahre. Sie konnte das tun unter Billigung der dortigen Gewerkschaften, weil die Weltwirtschaftssituation allen Bevölkerungsteilen gemeinsam eine gewisse Gefahr für die dänische Konkurrenzfähigkeit aufgezeigt hatte. Ganz offensichtlich sind die dänischen Gewerkschaften harte Vertreter der Interessen ihrer Mitglieder, und nur wenige andere nationale Gewerkschaftsbewegungen können solche Erfolge aufweisen wie die dänischen, sowohl was die Höhe des Reallohnes anbelangt als auch was den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt betrifft.

In der *New Yorker Bekleidungsindustrie* gibt es seit dreißig Jahren eine aus Gewerkschaftern und Unternehmern gebildete „Commission“, die alle Einzelakkorde mit den Methoden der Zeit- und Bewegungsstudien wissenschaftlich ermittelt und für die ganze Industrie bindend festsetzt. Seit dreißig Jahren gibt es hier keine Arbeitskämpfe mehr. Dabei gibt es nirgendwo in der Welt höhere Verdienste als dort. Doch liegt der allgemeine Leistungsgrad derartig hodi, daß selbst bei Stundenverdiensten von 3 bis 4 Dollar die Lohnkosten je vergleichbarem Kleidungsstück niedriger liegen als in den besten bundesdeutschen Kleiderwerken mit einem Stundenlohn von nur 3 bis 4 DM!

Gewerkschaftliche Ordnungsfunktionen in den Betrieben und im gemeinschaftlichen Leben der Nationen entwickeln täglich neue Formen, neue Erfolge und manchmal auch lehrreiche Mißerfolge. Erregend ist für den Soziologen und für den Wirtschaftswissenschaftler die bunte Fülle der Neuentwicklungen.

Sie vermögen eine gewerkschaftliche Welt zu erschließen, die jenseits aller Ideologien liegt — aber zu allererst jenseits aller aufgestauten Irrtümer und Vorurteile gegen die Gewerkschaften. Im Schoß dieser weltweiten Organisationen bilden sich tatsächlich tagtäglich ganz neue Lebensformen und Lebensordnungen, die wahrscheinlich mehr als alle sonstigen Entwicklungen unser aller Leben umformen werden, ganz gleich, welchen Standes wir sind, und ganz anders, als es die alle Meinungen beherrschende Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus erhoffen oder befürchten läßt.

LUDWIG ROSENBERG

Wir wollen auch und vor allem in der Wirtschaft die demokratischen gesellschaftlichen Voraussetzungen schaffen für die Entwicklung einer verantwortungsvollen Mitarbeit aller. Wir wollen die Wirtschaft in genau demselben Sinne und Geiste umformen, in dem der Staat umgeformt wurde und sich die Gesellschaft umformen muß. Das ist der wirkliche Sinn der Mitbestimmung — nicht Aufsichtsratsmandate oder Ferienheime für die Arbeitnehmer, so lieb dem einen das eine und dem anderen das andere sein mag.

Sozialismus, Pragmatismus und Gesellschaft im Überfluß

1

Fritz Vilmar hat in einem ausgezeichneten Artikel die Grundlagen der modernen Gemeinwirtschaft eingehend dargelegt¹). Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Vilmar das von ihm beschriebene System mit dem ehrwürdigen Begriff des Demokratischen Sozialismus identifiziert hätte, denn Planung, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Arbeiter-Mitbestimmung sind konsumtive Grundzüge des Sozialismus westlicher Prägung²). Aber es mag sein, daß Vilmar mit dem Wort Gemeinwirtschaft andeuten wollte, daß der Demokratische Sozialismus gewisse doktrinaire Vorurteile in der Nachkriegszeit abgelegt hat: niemand strebt heute die totale Verstaatlichung der Wirtschaft an; das Gemeineigentum soll auf die Großbanken, die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien sowie auf die marktbeherrschenden Unternehmungen der Konsumgüterindustrien beschränkt bleiben; das öffentliche Eigentum wird in verschiedenen Formen ausgeübt, in der Form des staatlichen, des kommunalen, des genossenschaftlichen Eigentums; die demokratische Mitbestimmung ist auf allen Ebenen der Verwaltung zu verankern usw. In der Tat, berücksichtigt man diese undogmatische und — man möchte fast sagen — experimentelle Einstellung zu Fragen der Planung und Verstaatlichung, die für das heutige sozialistische Denken charakteristisch ist, kann man nicht umhin, das Bedürfnis nach neuen Sammelbegriffen und Gattungsnamen als legitim zu empfinden.

Das sozialistische Denken Vilmars ist also eher durch eine pragmatische Grundeinstellung gekennzeichnet. Um so mehr muß es daher befremden, wenn *E. Guth* und *H. Lillich* in einer Replik auf den von uns zitierten Aufsatz dem Verfasser vorwerfen, eine „Sache der Zweckmäßigkeit“ zu einer „weltanschaulichen Heilslehre“ zu erheben³). Die beiden Autoren „warnen“ dann vor einem „säkularisierten Reich Gottes auf Erden“, da selbst nach der Verwirklichung der „Kernforderungen“ Vilmars die „Selbstentfremdung des Menschen“ nicht verschwinden würde. Dem Unentwegten, dem es dennoch nach den verbotenen Früchten eines diesseitigen Paradieses gelüsten sollte, wird schließlich der letzte Grund der Entsagungsphilosophie der Guth und Lillich offenbart: „Die Bibel bezeugt“, so heißt es an einer anderen Stelle ihrer Replik, daß uns „die Erlösungstat Christi in die verantwortliche Gesellschaft weist und nicht mit einem wirtschaftstheoretischen Konzept ausrüstet“. Vor dieser Autorität muß allerdings jedes wissenschaftliche Argument verstummen.

Wenn wir dennoch den Mut finden, für die Thesen Vilmars eine Lanze zu brechen, so geschieht dies in dem Bewußtsein, daß kein Sozialist, und sicherlich auch nicht Vilmar, sich der Illusion hingibt, daß mit der Realisierung der Gemeinwirtschaft das Millennium anbrechen würde. Die Zielsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus ist eine wesentlich bescheidenere: Ein sozio-ökonomisches System, das sich durch mehr als ein Jahrhundert in einer tiefen Krise befindet, soll durch ein in einigen wesentlichen Belangen funktionsfähigeres System ersetzt werden. Die Menschheit hat chirurgische Eingriffe dieser Art wiederholt vorgenommen. Es ist nicht recht einzusehen, warum mit dem Eintritt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der soziale Fortschritt erlahmen sollte.

Guth und Lillich könnten mit Recht geltend machen, daß sie auf dieses Argument in ihrer Replik bereits eingegangen sind. Wir beziehen uns auf die Stelle ihres Aufsatzes, wo von einem „umfassenden Instrumentarium der staatlichen Wirtschaftspolitik“ die

1) Fritz Vilmar, „Gemeinwirtschaft — Basis einer menschenwürdigen Gesellschaft“, Gewerkschaftliche Monatshefte, Oktober 1962, Seite 577 ff.

2) Siehe z. B. das Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialisten aus dem Jahre 1958; ferner die Grundsatzklärung der englischen Arbeiterpartei „Signposts for the Sixties“, aus dem Jahre 1961.

3) Siehe Guth und Lillich, „Integrale Gemeinwirtschaft?“, Gewerkschaftliche Monatshefte, April 1963, Seite 227 ff.

Rede ist (S. 228). Und im Anschluß an diese Feststellung wird die rhetorische Frage gestellt: „Ist bei uns der ökonomische Prozeß nicht — zumindest zu einem großen Teil — auch ‚das Ergebnis bewußter Planung‘?“ Die beiden Autoren räumen dann selbst ein, daß „man über Ausmaß und Wirksamkeit der Planung und Eingriffe des Staates verschiedener Meinung sein kann“, glauben aber doch, und dies im Gegensatz zu Vilmar, daß die westliche Planung mehr zu leisten vermöge, als die „ungesunde Grundstruktur der volkswirtschaftlich verantwortungslosen Kapitalwirtschaft am Leben zu erhalten“.

II

Die Frage nach dem Ausmaß und der Wirksamkeit der westlichen Planung würde eine eingehende Antwort verdienen, die im Rahmen eines kurzen Artikels nicht ernstlich versucht werden kann. Wir wollen uns hier auf einige knappe Bemerkungen beschränken. *Frankreich* ist unseres Wissens das einzige westliche Land, das ein System der Planung praktiziert, das dieses Namens würdig ist. Bei einem Studium der *planification indicative*, das der Verfasser dieser Zeilen im vergangenen Winter in Paris unternehmen durfte, drängt sich der Eindruck auf, daß das Rückgrat des französischen Systems in der teilweise nationalisierten Schwerindustrie und in dem ebenfalls teilweise nationalisierten Bankensektor zu suchen ist. Nur eine einzige der 27 „Modernisierungskommissionen“, denen eine geradezu strategische Bedeutung im französischen Planungssystem zukommt, befaßt sich mit den Problemen der Verarbeitungsindustrien. Hingegen sind spezielle Kommissionen für das Bauwesen, die Chemie, die Energie, den Erzbergbau und die Nichteisenmetalle, die Eisen- und Stahlindustrie und das Transportwesen vorgesehen. Die Investitionsentscheidungen in den Wirtschaftssphären, in denen der Staat stark verankert ist, bestimmen in einem hohen Maße Richtung und Tempo der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich. Dazu kommt, daß der vom französischen Staat weitgehend gelenkte Kreditapparat die Verantwortung für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für alle „plankonformen“ Investitionen übernimmt. Die wenigen Einzeltätigkeiten unter den französischen Unternehmern, die dem Planungssystem ablehnend gegenüberstehen, sind auf ihre eigenen finanziellen Mittel oder auf Kredite des Auslandes angewiesen. Die Achillesferse der französischen Planung scheint uns in den nur sehr rudimentär entwickelten Formen der Arbeiter-Mitbestimmung zu liegen; die *planification* wird in erster Linie vom französischen Staat und den großen Unternehmerverbänden getragen.

Wir wären dennoch versucht, dem französischen Planungssystem eine recht günstige Prognose zu stellen, würde nicht die zunehmende Verflechtung der französischen Wirtschaft mit dem übrigen EWG-Raum die Zielsetzung der französischen Planer in Frage stellen. Eine Übertragung der französischen Methoden auf den gesamten EWG-Raum, die von dem französischen Wirtschaftsexperten *Uri* und seinen Mitarbeitern in Brüssel zur Diskussion gestellt wird, erscheint aber — wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt — als ziemlich unwahrscheinlich, schon deshalb, weil zumindest in der Bundesrepublik Deutschland weder ein zuträgliches politisches und ideologisches Klima noch die geeigneten strukturellen Voraussetzungen für ein solches Experiment gegeben sind.

Sieht man von Frankreich ab, so begegnet man in der kapitalistischen Welt zwei Formen der Planung, der partiellen Planung und der Vollbeschäftigungspolitik, die auf die Koordinierung monetärer und finanzpolitischer Maßnahmen zum Zwecke der Sicherung der Arbeitsplätze hinausläuft. Daß die partielle Planung (etwa auf den Gebieten des Elektrizitätswesens, der Verkehrswirtschaft, des Gesundheitswesens usw.) von jeder Industriegesellschaft in der einen oder anderen Form gehandhabt wird, bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung; und es erübrigt sich fast, hinzuzufügen, daß sie vom Standpunkt einer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung (Vollbeschäftigung, zureichende

Wachstumsrate, Währungsstabilität) irrelevant ist. Anders verhält es sich mit der Vollbeschäftigungspolitik *Keynesscher* Prägung, bei der es sich um ein theoretisch fundiertes gesamtwirtschaftliches Planungskonzept handelt.

Allerdings darf man die *praktischen* Auswirkungen der *Keynesschen* Beschäftigungstherapie nicht zu hoch veranschlagen. Dafür legt eine Reihe von Umständen ein allzu beredtes Zeugnis ab: die chronische Arbeitslosigkeit in den *USA*, die heftigen konjunkturellen Schwankungen in *England*, die immer deutlicher zutage tretende Abschwächung der *westdeutschen* Konjunktur. Die tiefere Ursache für die unsystematische und sporadische Anwendung des *Keynesschen* Konzepts liegt unseres Erachtens in der zwiespältigen Aufnahme der Beschäftigungstheorie seitens des Bürgertums, das diese immer als einen ideologischen Fremdkörper empfunden hat. Denn nur *Marx* hat mit ebensolcher Schonungslosigkeit wie *Keynes* den Beweis geführt, daß es sich bei den Wirtschaftskrisen um schwere funktionelle Störungen der kapitalistischen Produktionsweise handelt. *Keynes* hat aus dieser Erkenntnis wohl nicht den marxistischen Schluß gezogen, daß jede Krise das „memento mori“ des Kapitalismus sei, aber sein wirtschaftspolitischer Ratschluß enthält einen bitteren kryptomarxistischen Nachgeschmack. Er gipfelt nämlich in der Forderung, daß man die Investitionsentscheidungen aus den Händen des einzelnen Unternehmers in die Hände staatlicher Organe übertragen müsse. *Keynes* schreibt im letzten Kapitel seines großen Werkes:

„Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“⁴⁾

Man erkennt, daß die *systematische* Anwendung der *Keynesschen* Therapie einen weitgehenden Umbau der bestehenden Wirtschaftsordnung zur Folge haben müßte. Der Demokratische Sozialismus strebt allerdings einen gesellschaftlichen Umbau an, der sich nicht auf die Sicherung der Vollbeschäftigung beschränkt, sondern auf die harmonische Entwicklung aller geistigen und materiellen Ressourcen der Völker abzielt. Dies ist, wie *Vilmar* ganz richtig erkannt hat, nur durch ein System der demokratischen Planung erreichbar, dessen Fundament die verstaatlichten Schlüsselindustrien bilden. Wir wollen nur im Vorbeigehen vermerken, daß das hier skizzierte Leitbild noch immer für die große Mehrheit der sozialistischen Parteien des Westens verbindlich ist.

III

Vilmar billigt der integralen Gemeinwirtschaft eine Reihe von Attributen zu, die *Guth* und *Lillich* zur Zielscheibe einer langschweifigen Polemik machen. Eine ausführliche Antwort auf die Argumente der beiden Autoren müßte den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Wir wollen deshalb nur auf einige der hauptsächlichen Einwände eingehen. Dem Sinne, wenn auch nicht dem genauen Wortlaut nach, lassen sich die gegen das System der Gemeinwirtschaft vorgebrachten *Haupteinwände* auf die folgende Weise zusammenfassen:

1. Es wäre unsinnig, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu zerschlagen, um sie durch die „produktionsärmere Kollektivwirtschaft“ zu ersetzen.
2. Die Gemeinwirtschaft bietet keine Gewähr für den dauernden Bestand der demokratischen Freiheitsrechte, da die „Diktaturfülle“ der Behörden dem „Machtmißbrauch“ Tür und Tor öffnet.
3. „Existenzangst“, „Entfremdung“, zunehmende Gefährdung der „freien Menschenpersönlichkeit“ werden für die Gemeinwirtschaft nicht minder charakteristisch sein als für die „Gesellschaft des Überflusses“, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß sie in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bisher unbekannte Erscheinungsformen annehmen werden.

4) John Maynard Keynes, Theorie der Beschäftigung, S. 319.

4. Die Gemeinwirtschaft ist wohl in der Theorie dem „Bedarfsdeckungsprinzip“ verschrieben, aber de facto entscheiden die Behörden über das, was im „Interesse der Verbraucher“ produziert werden darf.

5. Da der „ökonomische Imperialismus nicht zwangsläufig aus dem Wesen des Kapitalismus abgeleitet werden kann“, kann man nicht „automatisch mit einer Begrenzung der Rüstung“ in einer Gemeinwirtschaft rechnen.

Ad 1) Die *relativ* geringe Effizienz des gemeinwirtschaftlichen Systems ist wohl das zentrale Argument von Guth und Lillich, da es sich wie ein roter Faden, durch ihre ganze Arbeit zieht. Es schiene uns unfruchtbar (und, was vielleicht noch schlimmer ist, langweilig), auf die alte von *Ludwig Mises* vertretene These einzugehen, daß ein sozialistisches System die ökonomischen Ressourcen nicht rational verteilen könne. In der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin herrscht unseres Wissens Einmütigkeit darüber, daß *Taylor* und *Lange* die von *Mises* zur Stützung seiner These vorgebrachten Argumente überzeugend entkräftet haben⁵⁾. Im übrigen tat *Schumpeter*, der die *Mises-Taylor-Lange*-Kontroverse sehr gut kannte und dem man kaum übertriebene Sympathie für den Sozialismus vorwerfen kann, mit aller wünschenswerten Klarheit festgestellt, daß der Sozialismus ein eminent praktikables („eminently operational“) Wirtschaftssystem sei⁶⁾.

Wir verspüren auch keine sonderliche Lust, hier auf die breite internationale Diskussion über die Wachstumsraten hüben und drüben einzugehen. Es mag Guth und Lillich jedenfalls nicht unbekannt sein, daß nur Japan und die Bundesrepublik Deutschland, und dies unter dem Einfluß besonders günstiger Umstände, in der Lage waren, mit dem wirtschaftlichen Wachstum in der UdSSR während der fünfziger Jahre gleichen Schritt zu halten. Bezüglich der Zukunftsperspektiven des Westens kann man nicht umhin, die von Prof. *Baade* und anderen deutschen Wirtschaftswissenschaftlern auf einer der Godesberger Konferenzen zum Ausdruck gebrachte Skepsis zu teilen:

„Wir stehen an und für sich wohl in diesem Kreise auf dem Standpunkt, wie wir ihn auf einer früheren Godesberger Konferenz festgestellt haben, daß es durchaus möglich wäre, in der sogenannten kapitalistischen Wirtschaft Vollbeschäftigung und starkes Wachstum des Sozialprodukts ohne schleichende Inflation zu haben. Aber die politischen Kräfte sind dafür bei uns bisher nicht ausreichend gewesen. Selbstverständlich bezahlen wir das mit einer ceteris paribus geringeren Effizienz unserer Wirtschaft; denn daß eine Wirtschaft bei stabilen Preisen, bei sozusagen automatisch stabilen Preisen einen größeren Zuwachs an Sozialprodukt haben kann als eine Wirtschaft, die die schleichende Inflation fortgesetzt bekämpfen muß, damit sie nicht zur galoppierenden Inflation wird, das scheint mir ziemlich klar zu sein.“

Aber ein anderer Punkt ist noch viel ernster. Die zentralgelenkte Planwirtschaft, die über die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung auf lange Zeiträume hinaus vorausschponiert, hat vor unserer auf Privateigentum und parlamentarischer Demokratie aufgebauten Wirtschaft den großen Vorteil, daß die geistigen Investitionen im Gesamtsystem den Platz bekommen und den Raum einnehmen, den sie haben müssen. Die ungeheure Vernachlässigung des gesamten Ausbildungs- und Forschungswesens in der westlichen Welt ist eine sehr, sehr schwere Hypothek, die auf unserer Wirtschaft liegt.“⁷⁾

Was Guth und Lillich im übrigen über bestimmte ordnungspolitische „Defekte“ der Planwirtschaft zu sagen haben — Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes, Aufhebung der Konsumfreiheit, Irrtümer bei der praktischen Handhabung der Planung —, scheint sich vor allem auf die stalinistische Phase der sowjetrussischen Planwirt-

5) Ludwig Mises hat die oben erwähnten Thesen in dem Werk „Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus“ (1922) dargelegt; ferner in dem von F. A. Hayek herausgegebenen Band „Collectivist Economic Planning“ (1935). Die Gegenargumente von F. M. Taylor und Oscar Lange sind in dem von Benjamin Lippincott herausgegebenen Werk „On the Economic Theory of Socialism“ zu finden.

6) Capitalism, Socialism and Democracy, S. 184—185.

7) „Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in der Welt“, Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 24. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute in Bad Godesberg am 2. und 3. Juni 1961 (Duncker & Humblot, Berlin), S. 56.

schaft zu beziehen und kann jedenfalls der bis jetzt noch unerprobten *demokratischen* Gemeinwirtschaft nicht zur Last gelegt werden. (Auf die Frage der Konsumfreiheit im Rahmen der Gemeinwirtschaft wollen wir später noch zurückkommen.)

Ad 2) Die Frage der ordnungspolitischen Defekte bringt uns zu dem zweiten Hauptpunkt in der Replik von Guth und Lillich. Ist die Gemeinwirtschaft auf lange Sicht mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheitsrechte überhaupt verträglich? Auf das russische Beispiel wird auch in diesem Zusammenhang recht deutlich angespielt. Wieviel „Beweiskraft“ dem sowjetischen Experiment, das eine sozialistische Produktionsweise auf der Basis einer rückständigen, halbfeudalen Wirtschaft zu errichten versucht hat, vom Standpunkt der Zukunftsperspektive des westlichen Sozialismus zugebilligt werden kann, mag dahingestellt bleiben. Will man aus der russischen Erfahrung mit ein klein wenig Gewaltanwendung eine auch für den Westen verbindliche Generalisierung ableiten, so kann man bestenfalls sagen, daß eine sozialistische Produktionsweise ebenso wenig Sicherheit gegen eine diktatorische Regierungsform zu bieten scheint wie der Kapitalismus. Wachsamkeit ist wohl für den Demokraten eine unter allen möglichen Lebensumständen dringend gebotene Maxime!

Wir glauben jedoch Grund für die Annahme zu haben, daß der Demokratische Sozialismus, sobald er die Bewährungsprobe der ersten (noch unter den Auspizien des Kapitalismus herangereiften) Generation bestanden hat, über sehr wirksame natürliche Abwehrkräfte gegen atavistische Rückfälle verfügen wird. Die endgültige Überwindung der Armut, das Fehlen einer pauperisierten Mittelschicht, das Heranwachsen einer breiten, von keiner künstlichen Bildungsschranke in ihrem Aufstieg gehemmt Arbeiterintelligenz scheinen uns einige dieser demokratischen Schutz- und Nährkräfte der Gesellschaft zu sein. Der unbefangene Beobachter der heutigen sowjetrussischen Gesellschaft wird kaum umhin können, auch dort *Ansätze* zu der hier skizzierten Entwicklung zu erkennen. Das Wort „Ansätze“ sei mit besonderem Nachdruck unterstrichen, weil wir weit davon entfernt sind, einem leichtfertigen Optimismus das Wort zu reden.

Ad 3) Sicherlich wird auch eine gefestigte demokratische Gemeinwirtschaft kein Paradies, kein „säkularisiertes Reich Gottes auf Erden“ begründen. Auch auf dieser Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung wird es kaum an sozialem Konfliktstoff fehlen. (Wir müssen gestehen, daß uns die Vorstellung von einer spannungslosen Gesellschaft das Gefühl grenzenloser Langeweile einflößt.) Auf der anderen Seite scheint es recht unwahrscheinlich, daß die — den materiellen Nöten und dem mitleidlosen Kampf ums Dasein entspringenden — Ängste unserer Zeit unter den so völlig andersgearteten Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fröhliche Urständ feiern werden. Auch die „Entfremdung des Menschen“, die nach *Marx* auf einer durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Schranke zwischen dem Produzenten und seinem Produkt beruht, wird mit der Aufhebung des Privateigentums eine Sache der Vergangenheit sein. Der „Gemeinsinn“, der in der demokratischen Kontrolle des Produktionsapparates seinen wichtigsten Ausdruck findet, wird sich allerdings, wie Guth und Lillich ganz richtig erkennen, nicht von selbst einstellen. Erst die Existenz einer breiten Arbeiterintelligenz gibt u. E. eine sichere Basis für den neuen ideologischen „Überbau“ ab. Geben wir zu, daß in der Phase *des* Überganges, in welcher der „Gemeinsinn“ noch nicht fest verankert ist, die Gemeinwirtschaft von großen Gefahren bedroht ist. Aber ist dies ein ernstlicher Grund, vom Kampf für eine rationale Gesellschaftsordnung zugunsten eines mit schweren strukturellen Defekten behafteten Systems abzustehen?

Ad 4) Da die Einschränkung der freien Berufswahl selbst in der Sowjetunion nur in der stalinistischen Entwicklungsphase geübt wurde, können wir von der Behandlung dieses Themas absehen. Aber nehmen wir die ungleich interessantere Frage der Konsumfreiheit in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf.

Zunächst ist zu sagen, daß die so viel besungene Freiheit des Konsums im Kapitalismus eine — höflich ausgedrückt — euphemistische Umschreibung eines de facto recht prosaischen Tatbestandes ist. Ein mehr oder minder großer Teil des Sozialproduktes muß natürlich auch in unserer Wirtschaftsordnung für Zwecke der „Akkumulation“ bereitgestellt werden und ist auf diese Weise dem Massenkonsum entzogen. Wiewohl der Staat in einem von Land zu Land verschieden großen Ausmaß die Höhe des Investitionsvolumens zu beeinflussen sucht, sind Investitionsentscheidungen im Westen weitgehend *private* — von den anonymen Kapitalgesellschaften gesetzte — Willensakte. Über das Verhältnis von Investition zu Konsum wird also in so gut wie allen kapitalistischen Ländern in recht undemokratischer Weise entschieden; eine Ausnahme bildet *Frankreich*, wo man sich auf eine volkswirtschaftlich vertretbare Investitionsrate in einer Reihe von Planungsgremien, die Vertreter verschiedener Interessengruppen umfassen, einigt.

Wie steht es nun um die Zusammensetzung des für Konsumzwecke (privater sowie öffentlicher Natur) verbleibenden Teils des Sozialproduktes? Was über die deformierenden Einflüsse der modernen Werbung von den *Kenneth Galbraith* und *Vance Packard* gesagt wurde, kann hier wohl als bekannt vorausgesetzt werden. In einer Gesellschaftsordnung, in der die Konkurrenz der eigentliche Motor der wirtschaftlichen Entwicklung ist, kommen die Hauptimpulse zur Neuerung — wie dies insbesondere von *Joseph Schumpeter* hervorgehoben worden ist — von der Seite der Produktion. Im übrigen schrieb schon *Marx* in seinem interessanten Jugendwerk „Nationalökonomie und Philosophie“:

„Jeder spekuliert darauf, dem anderen ein neues Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu bringen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und des ökonomischen Ruins zu verleiten. Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist...“⁸⁾

In der Gemeinwirtschaft ist die Entscheidung über das Verhältnis von Investition zu Konsum das Ergebnis eines recht komplizierten Prozesses, dessen Träger die Volksvertretung, die zentralen Planungsgremien und Tausende von Arbeitnehmerausschüssen sind. Das *jugoslawische* Modell, das uns keineswegs als ein Idealtyp vorschwebt, gibt uns in diesem Zusammenhang recht wertvolle Aufschlüsse.

Guth und Lillich sind zweifellos im Recht, wenn sie der Werbung auch in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung eine gewisse Bedeutung zusprechen. Aber es ist nur ein bestimmter Aspekt der Werbung, der vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft relevant ist, nämlich die *Information*. Die großen Verteilungsorganisationen der Zukunft werden es sich selbstverständlich zur Aufgabe machen, den Konsumenten über Verkaufsort, Preis und Qualität des verfügbaren Gütervorrates zu informieren. Im Gegensatz zu der Werbung von heute, wird man in der Lage sein, dem Käufer fundierte Qualitätsbeschreibungen an die Hand zu geben.

Auch in der Gemeinwirtschaft wird der hauptsächlichste Impuls zur Neuerung von der Seite der Produktion kommen. Aber da es niemandem einfallen wird, den Konsumenten „in eine neue Abhängigkeit zu bringen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und des ökonomischen Ruins zu verleiten“, werden die Planungsgremien mit Hilfe von Haushaltsstatistiken, Enqueten und anderen statistischen Werkzeugen die Präferenzen der Verbraucher zu ergründen trachten. Entwicklungstendenzen dieser Art scheinen sich interessanterweise schon heute in gewissen östlichen Ländern abzuzeichnen. Wir lesen darüber in dem Bericht der bereits zitierten Godesberger Konferenz:

„Wir hatten in Hamburg vor kurzer Zeit Herrn Professor *Stefan Varga* aus Budapest zu Besuch... Er sagte, daß die größere Berücksichtigung der Konsumwünsche in *Ungarn* das Interesse an einer Nachfrageforschung geweckt hat. Es gibt in Ungarn ein staatliches Marktforschungsinstitut — eine sehr merkwürdige Erscheinung —, dessen Aufgabe es ist, in ähnlicher

S) Karl Marx, „Nationalökonomie und Philosophie“, Abschnitt XIV, Kröner Ausgabe, S. 254.

Weise, wie dies in Deutschland seitens der Marktforschungsinstitute auf privater Grundlage geschieht, auf staatlicher Grundlage im Umfrageverfahren bei Haushalten die Konsumentenwünsche feststellen oder aber — und das ist mehr durch das Ostblocksystem bedingt — zu kontrollieren, ob die Güter der ungarischen staatlichen Industrie geschätzt werden bzw. was an ihnen bemängelt wird.“⁹⁾)

Ad 5) Der These von Guth und Lillich, daß der „ökonomische Imperialismus nicht zwangsläufig aus dem Wesen des Kapitalismus abgeleitet werden kann“, können wir hier — aus Gründen der Raumnot — nur die Gegenthese gegenüberstellen, daß der „ökonomische Imperialismus“ wohl älter ist als der Kapitalismus, aber mit dem Phänomen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufs innigste verbunden ist. Auch in einer „Bedarfsdeckungswirtschaft“ werden sich die Menschen nicht mit einem Schlag in Engelsnaturen verwandeln, aber an wirtschaftlichen Impulsen für Aggressionsakte wird es in einem solchen System mangeln. Möglicherweise werden dann außerökonomische Aggressionstriebkräfte auftreten (*Schumpeter* spricht in seiner Imperialismusstudie von einem irrationalen Hang zum Imperialismus), aber dies scheinen uns doch recht müßige Phantastereien.

Vollends erscheint es uns absurd, aus der heutigen Weltsituation, die durch das Bestehen zweier antagonistischer Lager gekennzeichnet ist, auf einen sich in allen Gesellschaftssystemen manifestierenden Drang zur „Rüstungsnachfrage“ zu schließen. Wir können in diesem Zusammenhang nichts Besseres tun, als die Meinung Vilmars wiederzugeben, daß eine auf Gemeinwirtschaft basierende Politik in der Lage wäre, mit dem Ostblock in eine nüchtern-kritische Sachdiskussion einzutreten und ihm gleichzeitig im weltpolitischen Wettbewerb planvoll, daher ebenbürtig und furchtlos gegenüberzutreten. Wir hoffen, daß schon die nächste englische Arbeiterregierung die Weisheit dieser Feststellung erhärten wird.

Unsere Replik muß hier enden, wiewohl die breite Polemik von Guth und Lillich eine noch eingehendere Beantwortung rechtfertigen würde. Den beiden Autoren bleibt es natürlich auch weiterhin unbenommen, sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, daß die Bibel „uns nicht mit einem wirtschaftstheoretischen Konzept ausrüstet“; im katholischen Lager scheinen sich allerdings Strömungen abzuzeichnen, die dem Sozialismus eine etwas verständnisvollere Haltung entgegenbringen. Wenn man boshaft sein wollte, könnte man sagen, daß Christus mehr Affinität zur sozialistischen Lebensauffassung bekundet hat als zur Philosophie der „Gesellschaft des Überflusses“.

9) Bericht von Dr. Kapferer, a. a. O“ S. 76.

Italien in den sechziger Jahren

Im Ausland, aber auch in Italien selbst hat das Ergebnis der Wahlen von Parlament und Senat der italienischen Republik überrascht und da wie dort Bestürzung hervorgeufen. In erster Linie ist dies der Tatsache zu verdanken, daß die italienische Kommunistische Partei 2,6 vH neue Stimmen und damit, auf Grund des Wahlmodus, 26 neue Mandate in der Abgeordnetenkammer gewann. In einem demokratischen Staat der freien Welt wählten also, so sagt man, ein Viertel der Wahlberechtigten die Vertreter des östlichen Totalitarismus. Und man zerbricht sich den Kopf, wie das eigentlich möglich sei, wo man die psychologisch-politischen Ursachen suchen müsse.

Gleichzeitig wurde etwas voreilig kommentiert, die Politik der sogenannten *Linken Mitte*, die durch die Regierung *Fanfani* in der vorhergehenden Wahlperiode eingeleitet

wurde, sei in diesen Wahlen nicht bestätigt worden. In Wahrheit sind die Ergebnisse der Wahlen vom 28. April 1963 gar keine Überraschung für denjenigen, der sich bemüht, die schwierige Umschaltung der italienischen Politik aus der Epoche der christdemokratischen Vorherrschaft, die nicht immer von restaurativen Belastungen aus neofaschistisch-konservativ-monarchistischen Bereichen frei war, auf eine neue Linie der Einbeziehung der nichtkommunistischen Linken zu verstehen. Vorab muß für den deutschen Beobachter dieser Entwicklung vermerkt werden, daß die Entwicklung der italienischen Parteien durch keine Prozentklausel behindert wird. Dies ist aber für das Verständnis der Lage nicht so wesentlich, wie die Tatsache, daß die politischen Gruppierungen in Italien nicht die Tendenz zur Konzentration auf wenige, leicht unterscheidbare politische Parteien zeigen wie in der Bundesrepublik.

Und für den Gewerkschafter muß hinzugefügt werden, daß die Umschaltung von der totalitären Zwangsorganisation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (bei diesen allerdings liberal gehandhabt) der faschistischen Zeit auf demokratische, freiwillige und selbständige Gewerkschaften zur Dreiteilung der gewerkschaftlichen Organisation geführt hat. Die ehemaligen christlichen und einige sozialdemokratische Gewerkschafter der vorfaschistischen Zeit brachen bald nach Kriegsende aus dem Verband der CGIL aus, als sie merkten, daß die kommunistischen Kaderleute so ziemlich alle leitenden Funktionen an sich gerissen hatten. Damit waren jedoch die Auseinandersetzungen noch nicht beendet. Obwohl die derart geschaffene Gewerkschaftszentrale CISL seit dem Gründungskongreß in London dem IBFG angehört, gab der starke Einfluß konfessioneller Organisationen später Anlaß zur Gründung einer dritten, auch dem IBFG zugehörigen Zentrale, der UIL, deren Generalsekretär *Italo Viglianesi* nunmehr in den Senat gewählt wurde. Alle drei Verbände stehen unter ausgesprochen politischen Vorzeichen, was den gewerkschaftlichen Aufgaben keineswegs dienlich ist, aber als Tatsache auch bei diesen Wahlen eine gewisse Rolle spielte.

Wenn man das Wahlergebnis nach den aktuellen politischen Werten und nicht einfach — was in Italien irreführt — nach den Parteinaamen analysiert, so ergibt sich folgendes Bild:

| Wahl | 1963 | 1958 |
|--|------|------|
| Gruppierung „Linke Mitte“ | | |
| Christdemokraten | 260 | 273 |
| Republikanische Partei | 6 | 6 |
| Sozialdemokratische Partei | 33 | 22 |
| | 299 | 301 |
| unterstützt durch die Sozialistische Partei (Nenni) | 87 | 84 |
| Linke Mitte | 386 | 385 |

Mithin hat die Linke Mitte im Parlament zwei Mandate verloren, im Senat hat sie hingegen 28 Sitze gewonnen. Das Parlament zählt 630 Abgeordnete. Die Mehrheit der Linken Mitte beträgt mithin im Parlament 71, im Senat 33 Mandate. Von einer politischen Niederlage kann also nicht die Rede sein.

Die Problematik der neuen politischen Konstellation ist allerdings wesentlich komplizierter, als diese Zahlen es darstellen. Sie erklärt wohl auch den — an sich sehr bescheidenen — Vormarsch der Kommunistischen Partei, die unter der Führung des wendigen *Palmiro Togliatti* die größte kommunistische Organisation im demokratischen Bereich diesseits des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer ist.

Das vielfältige Bild der *italienischen Politik nach Mussolini* sah auf der Linken zuerst eine starke sozialistische und eine ungefähr ebenso starke kommunistische Partei. Die Mitte und ein Teil des rechten Sektors in Parlament und öffentlichem Leben war von der Christdemokratischen Partei beherrscht. Sie ist in einem konfessionell einheitlichen Lande wie Italien auch konfessionell gebunden. Ihre Verbindung zur Kirche ist so eng wie sonst nirgends in Europa, was keine Uniformität in sozialer Struktur und noch weniger in den politischen Zielsetzungen bedeutet. Durch viele Jahre unterlag sie, nicht zuletzt durch ihre starke Frontstellung gegenüber den Kommunisten, starken Einflüssen von rechts, von überalterten Oligarchien des Südens und Unternehmerverbänden. Die eigentliche Rechte zersplitterte sich in monarchistische -Gruppen (die, dem deutschen BHE ähnlich, aussterben), in Liberale und neofaschistische MSI.

Im sozialistischen Bereich wirkte auch in dieser Nachkriegszeit eine ideologisch in der Zeit vor Mussolini verankerte Richtung, die man den *Maximalismus* nennt. Die Maximalisten der zwanziger Jahre wollten der Kommunistischen Internationale eigentlich beitreten, taten es aber dann doch nicht. Sie schienen in den vierziger Jahren nach dem Fall des Faschismus bereit zu sein, sich den Kommunisten bei- und unterzuordnen, ihnen auf jeden Fall widerspruchslos im „Volksblock“ auf gemeinsamen Parlamentslisten zu folgen. Es war dies die Fortsetzung eines Pakts der Aktionseinheit der sozialistischen und kommunistischen Emigranten aus dem Jahre 1934. Der Partisanenkampf gegen die deutsche Besetzung nach dem Staatsstreich des Marschalls *Badoglio* gab für diese Einheitsfronttaktik den Hintergrund einer weitverbreiteten Volksstimmung ab. Mit zunächst geringem Erfolg trennten sich im Jahre 1947 *Giuseppe Saragat* und einige seiner Freunde von der Sozialistischen Partei. Die von ihm gegründete Demokratische Sozialistische Partei wechselte einige Male ihren Namen und war für Jahre durch Richtungskämpfe beinahe paralysiert. Der ruhende Pol in dieser Erscheinungen Flucht war Saragat selbst. Seit einigen Jahren hat sich seine Partei konsolidiert. In den Wahlen vom 28. April 1963 hat die Sozialdemokratische Partei bemerkenswerte Erfolge erzielt. Sie nimmt in der neuen Konstellation eine Schlüsselposition ein und das Wort „sozialdemokratisch“ ist ein politischer Begriff in Italien geworden.

Der italienischen Gewohnheit, daß Parteien in eigenständig organisierte Gruppen zerfallen, ist auch die Christdemokratische Partei nicht entgangen. Es gibt einen sehr links orientierten Flügel, dessen Exponent *Fanfani* ist, einen gemäßigt linken Flügel mit *Moro* an der Spitze und dann noch Gruppen in der Mitte und weiter rechts, schon in der Nähe der Neofaschisten. In den letzten Jahren hat sich die Linke bei den Christdemokraten weitgehend durchgesetzt, zuletzt auf dem bewegten Parteitag in Neapel. Ihm folgte die vielerörterte „Öffnung nach links“. Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. *Richard Jäger*, sagte vor kurzem von ihr¹⁾, *Fanfani* habe „den moralischen Ausverkauf der Christlichen Demokraten Italiens“ eingeleitet. Die christliche Demokratie Italiens habe zudem „den Kurs aller übrigen christlich-demokratischen Parteien des freien Europas verlassen“. Er wirft den italienischen Christdemokraten vor, sie betrieben eine Politik, die keine Politik christlicher Demokraten sein könne, eine Politik der Verstaatlichung, der Bekämpfung des Eigentums und der Anpassung an den Neutralismus. Ja, und überhaupt, man könne doch nicht Halbkommunisten den Liberalen vorziehen.

Damit wird auf das — allerdings sehr komplexe — Problem der Sozialistischen Partei, die von *Pietro Nenni* geführt wird, angespielt. Auch diese Partei hat ihre Flügel, man könnte beinahe sagen Untergliederungen. Die enge Verbindung zu den Kommunisten hat durch den Aufstand der ungarischen Arbeiter gegen die kommunistische Herrschaft 1956 stark gelitten. Es entstanden zwei Richtungen. Diejenigen, die den Einsatz

1) „Die Stimme der CSU“ in der Kolumne „Die Vizepräsidenten des Bundestages schreiben in der AZ“, Abendzeitung, München) 9. März 1963.

russischer Panzer (carrì armati auf italienisch) in Ungarn befürworteten, sich also die kommunistischen Thesen von der angeblichen „Gegenrevolution“ zu eigen machten, bekamen im politischen Sprachgebrauch den Spitznamen „Carristi“; sie bilden heute eine starke, aber seit vorigem Jahr in die Defensive gedrängte Minderheit in der Sozialistischen Partei. Nennis Politik, der Öffnung nach links entgegenzukommen und die Politik der Koalition der Linken Mitte ohne Regierungsbeteiligung zu unterstützen, bedeutet steten Kampf innerhalb seiner eigenen Partei. Bei den Christdemokraten waren die ausgesprochenen Gegner der Linken Mitte weit schwächer. Aber beide Parteien gingen innerlich uneinig in den Wahlkampf. Die Christdemokraten verloren ein wenig an die Liberalen, die Nenni-Sozialisten an die Kommunisten und auch an die Sozialdemokraten. Allerdings ist dies gebietsmäßig außerordentlich verschieden. Es gibt auch Wahlkreise, in denen beide sozialistische Parteien zu Lasten der KPI gewonnen haben. Andererseits ist es keineswegs so, daß die Kommunisten etwa die Arbeiter mit den geringsten Einkommen mobilisierten. Im Gegenteil, sie hatten gerade in den besser entwickelten Gegenden mit höherem Lebensstandard Erfolge, auch unter Bauern und bei den Mittelschichten. Die Dogmatik ihres Parteitagess im vergangenen November, die eine Art russisch-chinesische Auseinandersetzung darstellte, war nicht das Thema ihres, jedem Wunsch gerecht werdenden Wahlkampfes, in dem sie sich sozusagen bemühten, für jeden Topf einen Deckel zu finden.

Es gibt auch Kommentatoren, die da meinen, die politischen Reformbestrebungen im Vatikan hätten der KPI genützt, man habe ihr sozusagen den Geruch des Teuflich-Verdammten genommen und sie so den katholischen Wählern genehmer gemacht. Zweifelsohne wußte die kommunistische Hierarchie von dem Besuch des Schwiegersohns Chruschtschows im Vatikan; ob dies aber auf unentschlossene Wählerschichten derart Eindruck gemacht, daß sie sich nun für die Kommunisten entschieden, darf wohl füglich bezweifelt werden. Ihre Chance lag in der Tatsache, daß zwei der Parteien der Linken Mitte in den eigenen Reihen Gegner dieser Politik hatten und infolgedessen in ihrer Stellung im Wahlkampf behindert waren. Bezeichnend hierfür ist die Abstimmung im Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Nennis am 20. Mai 1963: Mit nur 44 Stimmen gegen immerhin 35 — bei einer Enthaltung — setzte Nenni eine EntschlieÙung durch, in der die Unterstützung einer Regierung der Linken Mitte neuerdings bejaht wird. Es geht also nicht um eine Allianz der Christdemokraten mit „Halbkommunisten“, wie Dr. R. Jäger meint, sondern um einen Klärungsprozeß in den Reihen der Nenni-Sozialisten. Dies gilt auch für die Auseinandersetzungen, die bei der Regierungsbildung in letzter Minute bei ihrem autonomistischen Flügel auftraten. Sieben von 38 der autonomistischen (autonom von den Kommunisten) Mitglieder des Zentralkomitees machten Einwendungen gegen das Regierungsprogramm, dem Nenni zugestimmt hatte. Damit ist das Kräfteverhältnis der beiden Flügel in dieser Partei verschoben. Die Zustimmung Nennis zum Regierungsprogramm des Abg. Moro konnte nicht bestätigt werden. Es wurde eine geschäftsführende Regierung *Leone* gebildet, die vor allem den Haushalt zu verabschieden hat. Ungeachtet dieser Lage betonten die Sozialdemokraten, es gäbe in Italien derzeit keine Alternative zur Politik der Linken Mitte.

Der Komplex des kirchlichen Einflusses auf das politische Leben Italiens in Wechselwirkung mit einem in allen Schichten verbreiteten, oftmals heftigen Antiklerikalismus ist nicht ohne weiteres feststellbar. Alle politischen Parteien außerhalb der Christdemokraten nennen sich selbst „weltliche“ Parteien. Sie rühren aber nicht an gewisse katholische Tabus, etwa die Ehescheidung. Dies aber hindert das italienische Kinopublikum z. B. nicht, den bekannten Film „Scheidung auf italienisch“ in humorvoller Selbstverspottung zu beklatschen. Jenseits der Parteigrenzen teilt sich die Wählerschaft eben in zwei Lager, ein katholisches und ein weltliches. Damit ist nicht gesagt, daß in

antiklerikal gestimmten Kreisen ausgerechnet die Kommunisten den Vorzug genießen. Politisch einigermaßen versierte Menschen erinnern sich durchaus daran, daß die KPI bei der Beratung der Verfassung für die Bestätigung des Konkordats, das Mussolini mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossen hatte, stimmte. Auf dem Gebiet des taktischen Opportunismus waren die Kommunisten — nicht nur in Italien — noch nie zu schlagen.

Wenn man daher die sonderbare Konstellation in Rechnung stellt, in der zwei starke politische Parteien gegen ihre Minderheiten die Linke Mitte vertraten, so muß man sagen, daß die Wahl vom 28. April diese Politik bestätigt hat. Die neugewählten christdemokratischen Fraktionen in Parlament und Senat haben sich ziemlich einhellig für eine Fortführung dieser Politik ausgesprochen, die Rechte unter *Scelba* als mögliches Experiment, die christlichen Gewerkschafter als nicht mehr umzustößende Entscheidung und die linken Gruppen als Bestätigung der bisher verfolgten Politik.

Worin besteht aber nun eigentlich diese Politik der Linken Mitte? Man kann ihr weitgehendes Programm auf den Grundnenner der notwendigen Reformen bringen, die der raschen industriellen Entwicklung Italiens entspricht. Diese Reformen sind allerdings auch von der Mehrheit der Christdemokraten noch nie als Bekenntnis zur rein privatwirtschaftlichen Ausrichtung ihrer Politik angesehen worden. Im Gegenteil, nicht erst seit heute und gestern haben sie den Ausbau der nicht geringen staatseigenen Wirtschaftsunternehmungen sowie die Planung der Entwicklungsgebiete im Süden durch staatliche Initiative verfochten. Die Nationalisierung der Elektroindustrie, die derzeit durchgeführt wird, hat bei den Liberalen und außerhalb des Parlaments Widerstand gefunden, nicht aber bei der übergroßen Mehrheit der Christdemokraten. Man ist gewillt, den *Wohlfahrtsstaat* auszubauen, die *gernischtwirtschaftliche Planung* voranzutreiben und die vieldiskutierte Aufteilung der staatlichen Verwaltung in Selbstverwaltungskörper, *Regionen* genannt, nunmehr durchzuführen.

Hier allerdings ist die treibende Kraft bei den Sozialdemokraten und Sozialisten zu suchen. Diese Regionen sind seit 1947 in der republikanischen Verfassung vorgesehen. Konservative Einflüsse haben ihre Verwirklichung verhindert, teilweise war es wohl auch die Befürchtung, die Sozialisten würden mit den Kommunisten einen Teil dieser neuen Selbstverwaltung in einzelnen Gegenden monopolartig beherrschen. Mit dem Erstarren der sogenannten Autonomisten in der Sozialistischen Partei — autonom von der KPI — haben sich diese Bedenken etwas verringert. Dennoch sind die Auffassungen bei den Christdemokraten noch recht schwankend, auf der Linken aber eindeutig auf baldige Verwirklichung dieser Regionen gerichtet. Es gibt dabei zwei Kategorien, die Regionen mit Sonderstatut, die bereits existieren; Friaul und Julisches Venetien, Trentin-Südtirol, Sardinien, Val d'Aosta und Sizilien. Was geschaffen werden soll, sind die Regionen ohne autonome Sonderrechte, die den überzentralisierten Staatsapparat dezentralisieren und die Selbstverwaltung zur Grundlage des italienischen Staates machen werden.

Die Linke Mitte ist nicht nur rechnerisch im Parlament, sie ist auch politisch ohne Alternative, denn sie allein bedeutet die dynamische Fortentwicklung des neuen und modernen Italien der sechziger Jahre.

LUDWIG ROSENBERG

Die Gewerkschaften waren niemals stärker als in jenen Zeiten, in denen heiß um den rechten Weg gerungen wurde und in denen man allerdings auch nicht daran zweifelte, daß jeder, der ehrlich seine Meinung sagte — auch wenn sie nicht jedem faßt —, mindestens ein so guter und zuverlässiger und braver Kollege ist wie jeder andere.

Arbeit ist aller Kultur Anfang

Das neue Grundsatzprogramm des DGB sollte daran nicht vorübergehen

Wie unterschiedlich werden doch heute Arbeit, Arbeiter und Arbeitswert beurteilt:

„Das Grundrecht ‚Freiheit‘ wird auch in der Arbeitswelt täglich verwirklicht. Kein Arbeitnehmer gibt heute noch seine Freiheit mit der Garderobe im Umkleideraum ab. Er bleibt ein freier Mensch, auch und gerade dann, wenn er sich in die Ordnung und Hierarchie des Betriebes einfügt.“

Dr. Muller-Haccius

1)

„Dabei bildet die Arbeitswelt in ihrer gegenwärtigen Struktur einen Fremdkörper innerhalb einer Gesellschaft, die sich frei und demokratisch nennt. . . Der Arbeiter (bleibt) tatsächlich nur Objekt der betrieblichen Planung, weil er letztlich als Mensch nicht ernst genommen

Heinz Theo Risse²⁾

„Die Sozialpolitik ist bereits zu weit entwickelt worden . . . Arbeitsrecht und Sozialrecht schützen den Arbeitnehmer gegen alles Erdenkliche . . . Wo besteht denn überhaupt noch ein

Bundesminister Lenz

3)

„Wieder habe ich einen Monat in einem Siemens-Martin-Werk in meiner Gemeinde gearbeitet . . . Diese Arbeiter leben in zwei Welten, die in unüberwundener Diskrepanz zueinander stehen. Die Welt, in der sie wohnen, ist unsere alltägliche Welt. Man kann sie mit etwas gutem Willen human nennen. . . Die andere Welt ist der Arbeitsplatz, wo dies alles keine Gültigkeit mehr hat. . . So kommt es, daß Werte und Vorstellungen, die anderen Menschen selbstverständlich sind, von diesen Arbeitern nicht anerkannt werden, weil sie sich am Arbeitsplatz nicht bestätigen. So z. B. folgende Vorstellungen: Ich diene mit meiner Arbeit der Gesellschaft . . . die gesellschaftliche Ordnung ist glaubwürdig. . . die Arbeit gibt meinem Leben einen Sinn.“

Aus dem Bericht eines evangelischen Pfarrers über seine Tätigkeit in einem Stahlwerk⁴⁾

„Bei uns ist der Klassenkampf tot. . . Das Proletariat ist verschwunden, die Arbeitnehmer sind wie alle Bürger Träger dieses Staates. Sie sind Glieder der klassenlosen Gesellschaft.“

E. G. Vetter⁵⁾

„Wie man vom Schwinden der Klassenunterschiede sprechen kann, solange sich der Boden und die übrigen Produktionsmittel im Privateigentum einer Minderheit befinden, während die Mehrzahl des Volkes besitzlos dasteht, ist unerfindlich.“

Paul

Jostock⁶⁾

„Arbeit gibt es mehr als Leute. Verdienen kann man, was man will. Das Wochenende beginnt freitags . . . Wir haben's ganz flott getrieben. . . Also kürzer treten. Aber nicht mit Arbeitsleistungen, sondern mit den Forderungen.“

DIE WAAGE, Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs⁷⁾

„56 vH der Arbeitnehmer sind mit ihrer Arbeit nicht oder nur teilweise zufrieden.“

Allensbacher Insthuth für Demoskopie über eine Meinungsumfrage⁸⁾

1) In: „Der Arbeitgeber“, 20. 12. 1962.

2) In: »Gibt es noch ein Proletariat?«. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 1962, S. 77 f.

3) Nach einem Bericht des „Industriekurier“, 20.10.1962, über eine Tagung der jungen Unternehmer in Bad Wildungen.

4) Nach: Gewerkschaftliche Monatshefte, Juni 1961, S. 344.

5) In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 5. 1963.

6) In: „Gibt es noch ein Proletariat?“, a. a. O., S. 13.

7) Nach Inseraten in Tageszeitungen, Oktober 1962 — Februar 1963.

8) Nach: Industriekurier, 20. 5. 1961.

„Wenn heute ein Bummelant entlassen wird, geht er auf die andere Straßenseite und bekommt dort 5 Pfennige mehr. Wir denken ferner an wilde Streiks bei Siemens in Mülheim im Herbst 1959, wo keiner der Leute auch nur gemäßregelt wurde, aus Angst, man könne die verhätschelte Belegschaft verärgern.“
Interview des „Spiegel mit Dr. H. C. Paulssen⁹⁾

„Der Kumpel fühlt sich bei seiner Arbeit nicht als Mensch . . . Er fühlt sich bei seinem Lohn oftmals übervorteilt. . . Was den Bergmann bitter macht, ist sein Eindruck, daß die Kohle wichtiger genommen wird als der Kumpel. . . Darum will man seinem Jungen ‚eher die Hände abhacken‘, als ihn zum Pütt schicken.“

Aus dem Erfahrungsbericht der ev. Pfarrer Disselbeck und Leipski über ihre Arbeit unter Tage¹⁰⁾

Was davon ist Dichtung, was davon ist Wahrheit? Die Antwort darauf dürfte nicht schwerfallen, stammen doch die kritischen Urteile von Männern, die entweder auf eigene Erfahrungen zurückgreifen (wie z. B. die Pfarrer) oder die als Wissenschaftler der Objektivität verpflichtet sind, während die optimistischen Aussagen über die Arbeit und den Arbeiter von Leuten stammen, die diese Arbeit selbst nie leisten mußten oder die (wie im Falle der WAAGE) eindeutig parteiisch sind. Man will soziale Konflikte nicht zulassen oder zumindest nicht wahrhaben — kurz, diese Kreise wollen uns weismachen, daß ja „alles in Ordnung“ sei, daß alles so bleiben könne, wie es jetzt ist. Denn das würde ihnen die Privilegien, den Reichtum, Macht und Prestige sichern.

Im Gegensatz zur Mitarbeiterideologie und den Partnerschaftsgesängen dieser Kreise ist der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft noch immer nicht gleichgeachtet und nicht in allen Fragen gleichberechtigt. Die meisten Arbeitnehmer arbeiten ein Arbeitsleben lang unter unwürdigen Bedingungen, sie sind in ihrer Existenz von anderen abhängig¹¹⁾, sie müssen sich fremden Weisungen unterwerfen, sie sind oft noch unzumutbar harten Arbeitsbedingungen ausgesetzt, und selbst Mißachtung und Demütigungen bleiben vielen Arbeitern nicht erspart¹²⁾.

Dessenungeachtet wird unsere gesellschaftliche Wirklichkeit in eine „Mittelstandsgesellschaft“ oder gar „klassenlose Gesellschaft“ (so die FAZ am 1. 5. 1963) umgefälscht, die manuelle Arbeit wird gering geachtet oder gar verachtet — wer da noch unten steht im Gesellschaftsgefüge, der hat sich das, nach gängiger Ideologie, selbst zuzuschreiben.

Kultur beginnt nicht jenseits der Arbeitswelt

Die Arbeit ist eine Kulturleistung, ja sie ist die grundlegende kulturelle Tat des Menschen. Alle Kultur hat ihren Ausgangspunkt in der Arbeit. Einst waren Arbeit und Kultur identisch. Am Begriff „Kultur“ erkennen wir das deutlich, wenn wir seinem Ursprung nachgehen: Im Lateinischen verstand man unter cultura die agricultura, den Ackerbau, also harte körperliche Arbeit. Erst später wurde der Kulturbegriff aufgegliedert. Heute werden von vielen Kulturwelt und Arbeitswelt säuberlich voneinander getrennt oder gar gegeneinandergestellt. Dabei sind sie eng verwoben miteinander. Kultur beginnt nicht jenseits der Wirtschaft und des Arbeitslebens, sie ist nicht auf die Freizeit beschränkt. Die Arbeitswelt ist vielmehr ein wesentlicher Bestandteil der Kultur selbst.

9) Nach: Der Spiegel, 21. 11. 1962.

10) Aus: Gewerkschaftliche Rundschau (IGBE), Januar 1963.

11) Glänzend wird die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Stellung des Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft analysiert in „Gibt es noch ein Proletariat?“, insbesondere S. 12 und 16.

12) In der Regel schützen sich die betroffenen Arbeiter dagegen, indem sie abgestumpft werden, sich eine „Hornhaut“ zulegen. Davon berichten u. a. die beiden Pfarrer Leipski und Disselbeck im Bericht über ihre Unter-Tage-Arbeit. Sie stellen zu Recht dabei die Frage, ob man unter solchen Umständen „noch als Mensch leben kann“, a. a. O., S. 36 f.

„Die industrielle Arbeitswelt ist zur entscheidenden Grundlage unserer Kultur geworden.“
Theodor Jaekel¹³⁾

„Wir suchen einen Weg, auf dem der Mensch in der Industriegesellschaft ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Dazu gehören Arbeit und Freizeit. .. Wird er (der Arbeiter) in seinem Berufsleben entmündigt, so wird er dehumanisiert. Der Mensch kann sein Menschsein nur in einer Arbeit verwirklichen, in der er handelndes Subjekt und nicht bloß gehandeltes Objekt ist.“

Aus den Mainz-Kasteler „Thesen zur Demokratisierung des Arbeitsplatzes“
der evangelischen Kirche¹⁴⁾

Die Stellung des Menschen in der Wirtschaft, sein Verhältnis zu den anderen dort tätigen Menschen (besonders das zu seinen Vorgesetzten), seine Beziehung zur Technik, zur Maschine — das alles sind nicht allein wirtschaftliche oder soziale Fragen, sondern zugleich auch Fragen der Kultur. Von den sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt und von der Art der Zuordnung der Maschine zum Menschen (oder umgekehrt) hängt wesentlich die Beantwortung der Frage ab, welchen kulturellen Standard ein Volk erreicht hat¹⁵⁾. Das kulturpolitische Grundsatzprogramm des DGB darf an solchen Fragen nicht vorübergehen.

Große Bedeutung müssen wir folgenden Frage beimessen: Unter welchen Bedingungen wird gearbeitet? (nicht zuerst fragen: Mit welcher Effektivität wird gearbeitet?) Wie sind in der Arbeitswelt die zwischenmenschlichen Beziehungen? Zu wessen Nutzen wird gearbeitet? Wie wird für Kranke, Invaliden, Arbeitslose, Alte gesorgt?

Noch immer bedient sich bei uns im Wirtschaftsprozeß der Mensch des Menschen, haben Menschen über andere Menschen Gewalt. Selbst das Mitbestimmungsrecht in der Montanindustrie hat das bisher nicht zu ändern vermocht. Das sind unwürdige Verhältnisse. Ihre Überwindung ist nicht zuletzt auch ein kulturelles Problem.

Gegen Diskriminierung der Arbeit wehren!

Noch immer wird bei uns manuelle Arbeit mißachtet. Das ist ein Erbe aus alter Zeit, denn bereits bei den Griechen begann die Abwertung körperlicher Arbeit (wer zwei Jahre gearbeitet hatte, verlor seine Bürgerrechte), und Christen und Juden sahen in der Arbeit eine Strafe für den Sündenfall¹⁶⁾. Im Kapitalismus wurde daraus eine Ideologie, die die Vorrechte, den Reichtum, die Macht der Kapitaleigentümer rechtfertigen soll. Der Arbeiter unserer Tage leidet unter der Geringschätzung seiner Tätigkeit. Meinungsumfragen haben ergeben, daß viele Arbeiter sich gesellschaftlich nicht anerkannt fühlen¹⁷⁾ und daß von den älteren Arbeitern eine Mehrheit der Meinung ist, daß der Arbeiter im Dritten Reich mehr gegolten hätte als heute. Das müßte uns alarmieren! Viele Arbeiter sind unzufrieden oder verbittert oder gar verzweifelt. Sie betrachten sich selbst als gescheitert, sie hoffen, daß ihren Kindern der „Aufstieg in bessere Kreise“ gelingen möge, der ihnen versagt war. Und in bürgerlichen Kreisen wiederum gilt der Arbeiter als ein Mensch, der zu „Höherem“, zum geistigen Leben nicht taugt. Wie falsch, wie gefährlich, wie unwürdig ist das! Nicht aus einem persönlichen Versagen heraus gibt es in unserer Gesellschaft den Arbeiter, sondern aus wirtschaftlicher Not-

13) In GM, Juni 1961.

14) Nach: GM, Juni 1961.

15) Es wäre ja eine Sklavenwirtschaft mit hohen wirtschaftlichen Leistungen denkbar. Der Start eines Sputnik spricht für die technische Fähigkeit, er zeugt nicht zugleich für Kultur und Demokratie.

16) In der neueren Literatur zu diesen Problemen nimmt Hannah Arendts Werk „Vita activa — oder vom tätigen Leben“, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1962, einen besonderen Rang ein. Die Rolle der Arbeit in den einzelnen Epochen der Geschichte und in den verschiedenen Kulturkreisen wird souverän dargelegt und gedeutet.

17) Interessant ist, was Vance Packard in „Die unsichtbaren Schranken“ über die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft Nordamerikas sagt: „Die materielle Lage dieser Menschen ist besser, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft jedoch schlechter geworden.“ Das trifft auch die deutschen Verhältnisse.

wendigkeit heraus. Die Arbeit eines Bergmanns ist beispielsweise sozial nicht weniger bedeutsam wie die Arbeit eines Ingenieurs, eines Arztes oder eines Rechtsanwalts¹⁸⁾.

Der DGB sollte in seinen kulturpolitischen Grundsätzen den Wert und die Bedeutung der Arbeit für die Gesellschaft und für die Kultur bekunden. Und er sollte weiterhin bekunden, daß er der Mißachtung der Arbeit und der Diskriminierung des Arbeiters entgegenwirken will. Einmal müßte es dahin kommen, daß der Arbeiter stolz auf seine Arbeit sein kann, daß er sich bewußt ist — und mit ihm alle anderen Menschen —, welchen Beitrag zum kulturellen Leben er allein durch seine Arbeitsleistung erbringt, indem er dazu beiträgt, die materielle Existenzgrundlage für das Leben der Gesellschaft zu schaffen. Mit Büroarbeit, wissenschaftlicher Tätigkeit und einem Tempeldienst kommt die Gesellschaft nicht aus. Niemand sollte verächtlich auf die manuelle Arbeit und auf die herabblicken, die diese Arbeit tun. Es gibt auch eine „manuelle Intelligenz“, die Hand eines Handarbeiters wird vom Geist gelenkt — eine Tatsache, die meist übersehen wird.

Die Mißachtung und Unterbewertung der Arbeit beginnt damit, daß man annimmt, es müsse halt eine gewisse Anzahl rein manueller Tätigkeiten für die Minderbegabten geben; wären diese Menschen intelligenter oder lebenstüchtiger, dann brauchten sie ja solche Arbeit nicht zu tun. Aber irgend jemand muß diese Arbeit tun. Wir können nicht darauf verzichten. Die Alternative lautet nicht: manuelle Arbeit oder Verzicht darauf, sondern: Respektierung und angemessene Honorierung dieser Arbeit oder Mißachtung dieser Arbeit bei bescheidener Entlohnung.

„Der Mensch ist das einzige Lebewesen, dem die Natur nicht eine fertige Umwelt bereitgestellt hat, die ihm alles liefert, was er zur Stillung seiner Notdurft braucht. Er muß sich erst künstlich eine Welt herrichten . . . Das Gesamtprodukt dieser Umbearbeitung der natürlichen Welt nennen wir Kultur“, so urteilte Prof. *Weinstock* in einem Vortrag im Oktober 1955. Und er schloß aus diesem Zusammenhang, daß erst die Arbeit „wahrhaft den Menschen zum Menschen macht und ihn vom Tier unterscheidet“. Diesen hohen Wert der Arbeit hat u. a. auch *Goethe* erkannt. Treffend heißt es in seinem „Lied der Holzhauer“: „ . . . denn wirkten Grobe / nicht auch im Lande, / wie kämen Feine / für sich zustande, / so sehr sie witzten? / Des sei belehret, / denn ihr erfröret, / wenn wir nicht schwitzten.“

Und in unserer Epoche sagte das erfrischend klar und positiv *Fritz Sängler* in „Die kleine Arbeit“ —: „Verachte deine Arbeit nie, / auch wenn sie dir gering erscheint / . auch wenn sie ganz entfernt ist, / was du gewollt, was du gemeint / . . . drum sei **auf** deine Arbeit stolz / und freu' dich, wenn du deine Pflicht / nach besten Kräften hast erfüllt, / denn mehr tut auch der Größte nicht.“ Für diese Größe des Arbeiters und **der** Arbeit sollte das Grundsatzprogramm des DGB zeugen!

Die innere Not der Arbeiter

Fritz Sängler spricht vom Arbeitsstolz; welcher Arbeiter aber ist heute stolz auf seine Arbeit? Welcher Arbeiter kann angesichts der Bedingungen und der Umstände, unter denen er heute (insbesondere in der Industrie) seine Arbeit tun muß, überhaupt zu einem Stolz oder wenigstens einer Zufriedenheit gelangen? Die materielle Not ist weithin verschwunden, geblieben ist die innere Not des Arbeitenden. Und diese Not wird vom Arbeiter unserer Tage schmerzlicher empfunden als von früheren Arbeitergenerationen. *Hellmut Sopp*, dieser kluge und mitfühlende Arzt und Betriebsberater,

18) „Nur zu leicht vergißt der Diener des ‚reinen Geistes‘, wie groß die Zahl, wie schwer die Mühsal derjenigen ist, die auf die Entzückungen dieses Geistes Verzicht leisten müssen, auf daß er selbst, entbunden von der Plackerei und der Arbeitsfron, seines priesterlichen Amtes walten könne.“ Theodor Litt in: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt, Bonn 1956.

weist in seinem Buch „Was der Mensch braucht...“¹⁹⁾ auf die „drei Grundsehnsüchte des Menschen“ hin:

1. *die Sehnsucht nach Geborgenheit,*
2. *die Sehnsucht nach Bestätigung durch die eigene Lebensleistung,*
3. *die Sehnsucht nach Freiheit.*

Bei den meisten Arbeitern wird im heutigen Arbeitsleben nicht eine dieser Sehnsüchte erfüllt. Nur selten gibt es Geborgenheit, die sich beispielsweise durch Einbettung in eine soziale Gruppe (Team) erreichen ließe²⁰⁾; seine Leistung wird nicht anerkannt, es kommt zu keiner Selbstbestätigung; für Freiheit ist in unserer Arbeitswelt kein Raum: der Arbeiter verrichtet fremdbestimmte Arbeit, er ist der Gewalt des Arbeitgebers unterworfen. Zu Recht sagt Sopp: „Das Kernproblem der sozialen Frage im Betrieb ist eben an erster Stelle nicht ein materielles, sondern ein geistig-sittliches.“ Und: „Geltung gilt mehr als Geld.“ (S. 121) Sopp zitiert *Derwort*, der sagte: „Mit dem Akt der Leistung ordnet sich das Lebewesen in seine Umwelt ein.“ Dem Arbeiter ist in der Regel eine Einordnung in seine Umwelt verwehrt, weil seine Leistung nicht anerkannt wird oder weil ihm Arbeiten zudiktieren werden, die ihm keine volle Leistungsentfaltung ermöglichen.

Zu diesem ernsten Problem sollen einige Aussagen und Zeugenberichte zitiert werden:

„Während man schwer arbeitet, ist es schwierig zu verstehen, daß so viele Herren mit Schlips und Kragen dabeistehen... Einer dieser Assistenten sagte mir, dies sei nötig, da die Arbeiter meist geistig und charakterlich tief stünden, keine Verantwortung für die Arbeit kennen und also beaufsichtigt werden müßten. Natürlich sinkt die Arbeitsmoral jedes guten Arbeiters durch solche Behandlung... Die Verachtung einiger Herren für die Arbeiter wird auch zuweilen spürbar.“²¹⁾

„Das Leben des Arbeiters im Betrieb wird immer noch bestimmt durch eine quasimilitärische Disziplin. Über ihn türmt sich die Pyramide der Vorgesetzten.“²²⁾

„Es ist bezeichnend, daß der Bergmann das Wort Arbeit für seine Tätigkeit nicht gebraucht. Was der Kumpel tun muß, ist für ihn malochen, würgen, krücken, torfen, wühlen und schufden, aber nicht arbeiten... Darum ist es nicht die erzielte Leistung und die vollbrachte Tat, die ihn aufatmen lassen, sondern das Ende der Schicht.“²³⁾

„Es ist wahr, wir sind nicht mehr so arm... Die Hungerkünstler unserer Generation sterben satt in den kalorienreichen Pensionsanstalten der Gesellschaft. Aber sie sterben, ohne je gelebt zu haben.“²⁴⁾

„Wird der Mensch in seinem Berufsleben entmündigt, so wird er dehumanisiert.“²⁵⁾

„Ist seine Arbeitswelt sinnentleert, so wird auch seine Freizeit innerlich leer sein.“²⁶⁾

„Wenn der Mensch wirklich im Mittelpunkt der Wirtschaft stünde, würde man auf ihn die gleiche Sorgfalt verwenden, wie man sie für das Studium der technischen Abläufe als normal und selbstverständlich ansieht. So aber bleibt der Arbeiter tatsächlich nur Objekt der betrieblichen Planung, weil er letztlich als Mensch nicht ernst genommen wird.“²⁷⁾

Der Arbeiter wird als Mensch nicht ernst genommen, auf die Maschine wird mehr Sorgfalt verwendet, im Bergbau ist (nach Meinung vieler Bergarbeiter) die Kohle wich-

19) Hellmut Sopp, Was der Mensch braucht... Erfüllung und Versagen im Beruf. Econ-Verlag, Düsseldorf — jetzt auch als Taschenbuch in der Reihe der Goldmann-Taschenbücher (Nr. 935), 1962.

20) In vielen Betrieben wird immer weniger in Gemeinschaften gearbeitet man denke etwa an das Fließband mit seiner Folge der Vereinzelung. In anderen Betrieben läßt der Lärm keine Kontakte zu, trennt unerbitlich Menschen vom Menschen.

21) Ein ev. Pfarrer über seine Arbeit im Stahlwerk, GM 6/1961, S. 344 f.

22) H. P. Bahrdt in „Gibt es noch ein Proletariat?“ a. a. O., S. 29.

23) Aus dem Bericht der Pfr. Leipski und Disselbeck, a.a.O. S. 33.

24) So der schwedische Arbeiterdichter Folke Fridell in dem anklägerischen Industrieroman „Eines toten Mannes Hand“ (Original 1946).

25) Aus den Mainz-Kasteler „Thesen zur Demokratisierung des Arbeitsplatzes“ der evang. Kirche von 1960, nach GM 6/1961, S. 342.

26) Walter Dirks in „Gibt es noch ein Proletariat?“ a. a. O., S. 93.

27) H. Th. Risse in „Gibt es noch ein Proletariat?“ a. a. O., S. 78.

tiger als der Mensch. In der Industrie sind für Maschinen und andere technische Hilfsmittel Belastungsgrenzen und Leistungsgrenzen festgelegt, es wird nur eine optimale Ausnutzung zugelassen. Für die Belastung des Menschen im Arbeitsprozeß gibt es solche Belastungsgrenzen nicht, besonders bei Akkordarbeit (Gedingearbeit) zielt man auf maximale Nutzung der Arbeitskraft. Dabei wird natürlich diese Kraft vorzeitig aufgezehrt: im Bergbau liegt beispielsweise das Durchschnittsalter, in dem ein Bergarbeiter „bergfertig“ ist, bei 47 Jahren. Es wird höchste Zeit, daß Arbeitsphysiologen bei der Ermittlung der zumutbaren Arbeitsleistung eingeschaltet werden.

Die Selbstentfremdung überwinden!

Die Arbeiterbewegung war einst angetreten, die Humanisierung der Arbeitswelt durchzusetzen. *Karl Marx* beklagte die „Selbstentfremdung“ der Arbeiter, und großartig durchleuchtete *Wilhelm Liebknecht* dieses Problem in seiner Rede „Wissen ist Macht — Macht ist Wissen!“ am 5. Februar 1872 vor dem Dresdener Arbeiterbildungsverein:

„Dank der Arbeitsteilung und der Maschinenarbeit wird die Arbeit immer mehr entgeistet... In jeder Maschine steckt vieltausendjährige Kultur. Aber was nützt das dem heutigen Lohnarbeiter? Er ist der Sklave der Maschine, nicht ihr Herr ... Im selben Maße, wie das Kapital sich die Wissenschaft dienstbar macht, macht es die Arbeiter weniger wissenschaftlich. In der Maschine konzentriert sich die Intelligenz, die dem Arbeiter genommen wird ... *Aristoteles* sagt in seiner ‚Ethik‘: ‚Der Sklave ist ein beseeltes Werkzeug, das Werkzeug ein unbeseelter Sklave.‘ Der moderne Fabrikarbeiter ist ein beseeltes Werkzeug des unbeseelten Werkzeugs. Und das unbeseelte Werkzeug saugt dem beseelten Werkzeug die Seele aus.“

Existiert dieses Problem heute nicht mehr? Besteht hier keine Aufgabe mehr für die Gewerkschaftsbewegung? Auch heute noch wird vielen Arbeitern in der Industrie (und nicht wenigen Angestellten in den Verwaltungen) die Seele ausgesaugt. Es gilt heute zu prüfen, wie weit die Gewerkschaftsbewegung auf dem Weg der Humanisierung der Arbeitswelt vorangekommen ist.

Arbeit und Muße in einer veränderten Welt

Arbeit kann Lebenserfüllung und damit Glück geben, Arbeit kann aber auch Fron, eine Hölle sein (wenn ich eine ungeliebte Arbeit tun muß, wenn die Arbeit mir keine Möglichkeit zur Entfaltung und Leistung bietet, wenn ich mißtrauischer und kleinlicher Aufsicht unterworfen werde, u. a. m.).

Die Arbeit in der Industrie, hier besonders die Fließbandarbeit, hat für die meisten kein schöpferisches Element mehr, sie kann keine Lebenserfüllung geben. In der ersten Epoche der Industrialisierung mit den schrecklich langen Arbeitszeiten bekam die Muße einen neuen Akzent: sie war nicht wirklich „freie“ Zeit, sondern auch sie war an die Arbeit gekettet, indem sie zur Regeneration der erschöpften Kräfte genutzt werden mußte.

Heute, an der Schwelle zur zweiten industriellen Revolution, tritt erneut ein Wandel ein, der, wenn man ihn richtig steuert, segensreich sein könnte. Durch die Arbeitszeitverkürzung kann die Muße wieder werden, was sie einst war: freie Zeit, Freiheit zur selbstgewählten Lebensgestaltung.

Wir sollten streben, alle schwere körperliche Arbeit und monotone Arbeit auf Maschinen zu verlagern. Die fremdbestimmte Arbeit in der Industrie sollte auf ein Minimum reduziert werden, während wir auf der anderen Seite nach einem Maximum freigelegter schöpferischer Tätigkeit streben sollten. „Schöpferisch“ darf nicht so ausgelegt werden, daß die Arbeitnehmer nun Erfinder, Wissenschaftler, Künstler usw. werden müßten — schöpferisch wäre m. E. bereits die Kindererziehung, Basteln, Wandern oder

aktive Teilnahme am Sportleben. Der Mensch sollte unter den unwürdigen Bedingungen, die in der Industrie-Wirtschaft vorherrschen, nicht länger arbeiten, als es unumgänglich ist. Diese Arbeitsleistung sollte die volle gesellschaftliche Anerkennung erhalten, gerade, weil sie so wenig den menschlichen Bedürfnissen und Ansprüchen entspricht. Lebenserfüllung muß in der Freizeit gesucht werden. („Freizeit ist Arbeitszeit an der Persönlichkeit“, sagte kürzlich ein kluger Mann.) Für die Gewerkschaften erwächst daraus eine große Bildungsaufgabe: keine Reglementierung, keine kollektive Aktivität um jeden Preis (was lediglich eine spezielle Form des Zeittotschiagens wäre), sondern eine vielfältige gewerkschaftliche Freizeitberatung. Die Schulungs- und Bildungsarbeit erhielt größere Bedeutung, die gesamte Erwachsenenbildung, die Volkshochschulen und die gewerkschaftlichen Presseorgane ständen vor neuen Aufgaben. Zu diesen Problemen müßten Aussagen im neuen Grundsatzprogramm der Gewerkschaften gemacht werden.

Mitbestimmungsrecht hat kulturpolitische Bedeutung

Kulturelle Probleme können nicht losgelöst von der Arbeitswelt betrachtet und beurteilt werden. Arbeitswelt und Kulturwelt dürfen nicht voneinander geschieden oder gar gegeneinandergestellt werden. Beide sind verwoben miteinander. Denn erstens ist die Wirtschaft ein Teil des kulturellen Lebens einer Gesellschaft, und zweitens hat die Arbeitswelt große Bedeutung für die Frage, ob und auf welche Weise und in welchem Maße die in ihr tätigen Menschen am kulturellen Leben teilnehmen können.

Das soziale Gefüge der industriellen Arbeitswelt muß nach neuen Prinzipien aufgebaut werden. Es kommt auf eine Wandlung der Stellung des arbeitenden Menschen in der Wirtschaft an. Darin würde die echte, die überzeugende Alternative zur kommunistischen Ideologie liegen. Beim Arbeitnehmer müßte an die Stelle der Unterordnung künftig die Einordnung treten, der Arbeitgeber sollte nicht mehr Macht, sondern künftig Vollmacht haben, und das Verhältnis zwischen beiden sollte nicht länger die Form der Befehlsverwaltung, sondern künftig die Form der Selbstverwaltung haben. Es gilt, eine Wirtschaftsverfassung zu entwickeln, für die das Wort *Carlo Schmid*s zutrifft: „Freiheit ist dort, wo man nur einem Willen zu gehorchen braucht, an dessen Bildung man selbst . . . mitgewirkt hat²⁸⁾.“ Das Arbeitsverhältnis müßte abgelöst werden durch ein Gesellschaftsverhältnis.

Die verschiedenen Probleme und Aufgaben müssen *im Zusammenhang* gesehen werden: Humanisierung der Arbeitswelt, Wertschätzung der Arbeit, gerechte Entlohnung und soziale Sicherheit, Demokratisierung der Wirtschaft, Nutzung aller Möglichkeiten der Technik, Meisterung der Bildungsaufgaben (Freizeitberatung). Wenn das gelingt, so wäre es wohl möglich, „zum ersten Male in der menschlichen Geschichte einen realen Zustand zu schaffen, in dem der Mensch sowohl seinen Ort im Koordinatensystem unserer Wirtschaft und Gesellschaft bejahen kann, ohne auf Selbstachtung verzichten zu müssen . . . So können Idee und Wirklichkeit des Menschen wieder zur Deckung kommen. So könnte endlich wieder einmal eine Welt entstehen, in der der Mensch nicht nur lebt, um zu arbeiten, sondern in der er arbeitet, um zu leben.“ (*Carlo Schmid*)²⁹⁾

Und *Hans Böckler* bekannte im Juni 1949: „*Walter Rathenau* sagte einmal von sich: ‚Ich kämpfe im Materiellen um des Ideellen willen.‘ Dieser Ausspruch charakterisiert treffend das Bestreben der neuen deutschen Arbeiterbewegung . . . Ihr Kampf ist im Grunde ein geistig-sittlicher.“

Von solchem Geist müßten die kulturpolitischen Grundsätze des Deutschen Geverkschaftsbundes erfüllt sein!

²⁸⁾ In GM, 3/1951.

²⁹⁾ In seinem Referat auf dem SPD-Parteitag in München, Juli 1956.

Die Zukunft unserer Betriebe und der arbeitenden Menschen

Eine kleine Erzgrube im Lahnggebiet schloß wegen mangelnder Rentabilität ihre Pforten. Sechzig Männer, vorwiegend Bergarbeiter von Vater und Großvater her, suchten andere Arbeit. Wo der einzelne mit seiner Familie landsässig ist und nicht in der Anonymität untertaucht, ist es nicht allzu schwer, seinen weiteren Weg zu verfolgen. Arbeitslos wurde niemand (einige freilich wurden vor der Zeit Invaliden: eine Frage für sich). Der Besuch bei der Familie ergibt: Auch weiter auskömmlicher Verdienst, die Frage des Anmarschs zum neuen Betrieb gelöst. Drei oder sechs Monate später allerdings ist die Lage allem Anschein nach mitunter etwas anders. Bereits Vierzigjährige beklagen schlechte Gesundheit und sind krank geschrieben; nach ihrer Meinung beruht das darauf, daß der neue Arbeitsplatz zu kalt und zugig oder zu warm ist — obgleich derlei Dinge im alten Beruf eine minder wichtige Rolle spielten. Aber die Ursache des Mißbehagens liegt mit aller Wahrscheinlichkeit tiefer: Man kann sich nicht „umstellen“. Subjektive Faktoren sind es, die hindern (die letzte Schicht war an Herz und Nieren gegangen) ; mangelnde Hilfsbereitschaft im neuen Betrieb kommt hinzu. Vor allem fühlt man sich vom alten Arbeitgeber schnöde verraten. So beginnt nach Jahrzehnten in einem Betrieb verrichteter Arbeit für viele eine Zeit häufigen Wechsels. Das bringt Unruhe, und darunter leiden nicht zuletzt die Frau und die halbwüchsigen Kinder. Man will eben nicht irgendeinen Arbeitsplatz. Jeder will „seinen“ Arbeitsplatz.

Was kann geschehen? Wie hätte man vorbeugen können? Fragen wie diese gehören zu den heute am meisten drängenden menschlichen Fragen im Betrieb. Denn es wäre Vogel-Strauß-Politik, sich damit zu trösten, hier handele es sich um extreme Fälle. Es sind bezeichnende Fälle, bei denen lediglich die Deutlichkeit besonders ins Auge fällt. Auch Unternehmen, bei denen die Fluktuation im Vergleich zu anderen gering ist, haben einen Personalwechsel, der mit der Zeit vor fünfzig Jahren keinen Vergleich erlaubt. — Ebenso einschneidend aber dürfte etwas anderes sein.

Die Belastung wächst

Wie alt ist diese Maschine? Die Frage wurde in einem Fertigungsbetrieb mit 300 Mitarbeitern gestellt. Das Alter der Maschinen und Automaten betrug bis auf wenige Ausnahmen nur wenige Jahre. In der Bundesrepublik wird eine Werkzeugmaschine im Schnitt acht Jahre alt (in den USA nur vier), dann ist sie überholt. Überholt bedeutet aber nicht nur eine notwendige beträchtliche Neuinvestition — überholt bedeutet auch: der Mann, der an der Maschine steht, muß „überholt“ werden. So muß er sich auch innerhalb seines Betriebs möglicherweise häufig umstellen. Er steht oft genug neuen Situationen gegenüber. Seine Verantwortung wächst mit der Höhe des investierten Kapitals. Und das bringt mit sich, daß die Belastung an zahlreichen Arbeitsplätzen trotz verkürzter Arbeitszeit ständig *steigt*.

Hinzu treten die bekannten Akkordfragen: Man muß auf der Hut sein, daß man nicht den Anschluß in irgendeiner Weise verliert. Was am notwendig gewordenen Wechsel von Betrieb zu Betrieb besonders deutlich werden kann, ist auch innerhalb ein und desselben Betriebs eines der wichtigsten Probleme: „Mein“ Arbeitsplatz ist morgen vielleicht ein ganz anderer geworden . . . Im Zusammenhang damit muß die Kapazität vieler Firmen gesteigert werden. Das bedeutet Konzentration, und die verursacht oft genug einen verlängerten Weg zur Arbeitsstelle, der eine Verkürzung der Arbeitszeit kompensiert und bei den Verkehrsverhältnissen oft mehr als aufhebt. All diese Dinge erhalten ihr Gewicht, wenn man sie am einzelnen Mann miterlebt. Aus der Fremdbestimmung (vor allem Schichtarbeit) wird eine sozusagen dauernde Fremdbestimmung, die den Arbeitnehmer u. U. innerlich außer Atem bringt. Und das ist oft ärger, als mancher ver-

gossene Schweißtropfen! — Soziale Probleme ersten Ranges, an denen die Kirche nicht vorbeigehen sollte!

Der Charakter dieser Fragen wird durch die Automation, die sich im Gang befindet, vollends sichtbar und in großer Geschwindigkeit zugespitzt. Hier werden besonders viele Arbeitskräfte „umgesetzt“ — im Betrieb und von Betrieb zu Betrieb. Die Angst vor durch den Automaten verursachter Arbeitslosigkeit schwand rasch dahin, denn eine ungeheure Expansion fegte den Arbeitsmarkt leer. Aber die Arbeit selbst änderte sich! Sie wird in der Tat „körperlich“ — wie man so sagt — leichter. Aber in Wahrheit *verlagert* sich die Beanspruchung, des menschlichen Gesamtorganismus. Die geistigen Anforderungen wachsen, die seelischen Lasten steigen. Man ist nicht mehr „hundemüde“, sondern abgespannt. Und die Zeiten, da man den weißen Kittel für ein Zeichen weniger strapaziöser Tätigkeit hielt, sind fast überall vorbei!

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Automation schwere, gefährliche und unangenehme Arbeiten gegen leichtere, interessantere und angenehmere ausgetauscht hat“ — so entnehmen wir einer Informationsschrift aus den USA. Ob das in den Staaten angesichts ihrer andersartigen Mentalität der Bevölkerung zutrifft (ein Dokumentarfilm über die Automation stellt es ebenso dar), mag dahingestellt bleiben. Für den deutschen Arbeitnehmer gilt angesichts der mobilen industriellen Gesellschaft in vielen Fällen in erster Linie anderes: *ein letzter Rest von Geborgenheit innerhalb des Arbeitsprozesses schwindet mehr und mehr dahin. Die innere Anspannung wächst, vermehrte Einsamkeit drückt*. All das und anderes macht sichtbar: Die soziale Problematik erschöpft sich nicht mit der Frage nach Lohn, Kindergeld, Kranken- und Sozialversicherungsüberlegungen. Gerade wo die Gesetzgebung sich auf diese Dinge als „sozialpolitisch“ konzentriert (und wohl auch konzentrieren muß), gilt es zu sehen: Vollbeschäftigung und möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts, Konjunktur- und Investitionsfragen stellen nur *eine* Seite der sozialen Probleme dar, die heute bestehen. Daher stellen wir die schon ausgesprochene Frage nach Heilung und Vorbeugung jetzt anders: Wie können wir den Menschen besser für das ausrüsten, was auf ihn, seinen Betrieb und die Gesellschaft aus technisch-soziologischen Gründen zukommt? Hat gar die Botschaft der Bibel etwas dazu zu sagen?

Allheilmittel „Bildung“

Damit der Mensch in einer mobilen Gesellschaft mit erhöhten geistig-seelischen Anforderungen Mensch bleiben oder werden kann, ist vor allem eine erhöhte Bildung vonnöten. Diese Erkenntnis ist so oft ausgesprochen worden, daß man meinen sollte, sie zu wiederholen sei nicht nötig. Aber — was *ist* Bildung? Zu dieser Frage sollte unsere Kirche gerade im Blick auf die Betriebe nicht schweigen. Dabei soll als selbstverständlich nur gestreift werden, daß ein wesentlicher Bestandteil brauchbarer Bildung natürlich in einer soliden *Ausbildung* besteht. Eben solchen Nachdrucks bedürftig aber ist die Forderung, daß eine erhöhte Unterrichtung des Arbeitnehmers über die technischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge nötig ist, in die gerade *sein* Arbeitsplatz oder Betrieb, seine Branche oder der Wirtschaftsraum eingebettet ist, in dem er ansässig ist. An diesem Punkt wird viel getan, auch wenn oft über das mangelnde Interesse an solchen Möglichkeiten der Wissensvermittlung geklagt werden muß. Neuntes Schuljahr, zweiter Bildungsweg und damit erhöhtes Wissen, all das ist notwendig. Aber daß eine Frage noch viel zuwenig dabei bedacht wird, rächt sich mitunter in Fruchtlosigkeit aller Mühe. Wissen ist Macht, so sagt man, mit Recht, Ausbildung ist ebenso Macht. Aber: *Wozu* dienen Wissen und Ausbildung? Sind sie ausschließlich Produktionsfaktoren? Sollen also — mit anderen Worten — Bildung und Ausbildung an irgendwelchen ethischen Werten orientiert sein? Was ist es eigentlich, was sie zur *Bildung* macht?

Die meisten Mitarbeiter im Betrieb sind durch die alte Volksschule gegangen. Dort wurde ein bestimmter Gedanke von Bildung eingeübt. Schon im Bewußtsein des Kindes spielten erhöhtes Wissen und damit Bildung eine ganz bestimmte Rolle. Sie wurden oft als ein Mittel erlebt, den Kameraden auszustechen oder auszuspielen. Spiegel dieses Konkurrenzkampfes war die Sitzordnung in der Klasse! Der Berichterstatter erinnert sich an die sinnigen Ausdrücke „Garde“ und „Rotte Korah“, und die teils militärische, teils religiöse Bezeichnungsweise ist beachtenswert. „Jeder für sich“ — das war Erziehung (und je nach Geschmack dann „Gott für uns alle“). Natürlich wurde man damit (oft im Unterbewußtsein) zum potentiellen *Gegner* des anderen gemacht. Gebildet sein hieß: den Mitmenschen nicht nötig haben, hieß unabhängig, hieß „selbständig“ sein in einem ganz bestimmten Sinne. Der geistige Hintergrund einer solchen „Bildung“ ist in Deutschland ein extrem einseitig herausgebildeter Kult der „Persönlichkeit“ und des „Individuums“, dessen „Fleiß“ der eigenen Selbstvervollkommnung diene. Die Folgen dieser Erziehungspraxis, die schon im Elternhaus ein Kind gegen das andere auszuspielen geneigt war, sind zweifellos nicht nur im politischen Leben deutlich genug zutage getreten und von daher ihrerseits verstärkt worden. Mindestens ebenso verheerend können ihre Folgen im sozialen Bereich sein. Und alle Fortbildung und Information sind im Betrieb oftmals vergeblich und begegnen keinem Interesse, weil das innerste Wozu? dem einzelnen suspekt ist.

Nun hört man freilich zugleich, daß „früher“ Zusammenhalt und Kameradschaft besser gewesen seien als „heute“. Sind also unsere Bemerkungen nicht übertrieben? — Es ist durchaus möglich, daß das angedeutete Einzelgängertum einist nicht so spürbar war und sich erst in den letzten Jahrzehnten stärker im Empfinden der Arbeitnehmer bemerkbar machte. Das hat u. a. einen Grund, der seinerseits die Untauglichkeit manch überkommener Erziehungsideale illustriert. Allem Anschein nach bezog sich der von Älteren gerühmte Zusammenhalt nämlich auf einen verhältnismäßig engen Umkreis, in dem er tatsächlich funktionierte. Es hat sich dabei um eine Art erweiterter Familie in Anlehnung an die alte Familien- und agrarwirtschaftliche oder Werkstattgemeinschaft gehandelt — typischerweise sind es oft die „Jahrgänge“! Das Fortbestehen dieser Gemeinschaften aber bedeutete, wie kürzlich einmal treffend gesagt wurde, daß alles, was sich als Außenwelt außerhalb dieser engumgrenzten Gemeinschaft befand, als feindlich empfunden wurde. „Das Draußen war dunkel und bedrohlich, nur im Innenhof des Daseins schien ein freundliches Licht.“ In einer arbeitsteiligen Welt kann das nicht mehr als eine Art von Kooperation angesprochen werden, weil das Mißtrauen fortbestand und nun erst seine Wirkung gegenüber der Gesellschaft entfaltete. Was einmal Kameradschaft war, geriet so in die Gefahr, zum Zusammenhalt einer „Clique“ zu werden.

Ist es nicht an der Zeit, daß die Praxis diesem Gedanken von Bildung den Abschied gibt, und zwar endgültig und bewußt? Hat die Kirche hier nicht einen enorm wichtigen betriebs- und gesellschaftschakonischen Dienst zu tun? Daß das biblische Menschenbild nicht das griechische ist, das den Menschen nach Analogie eines Kunstwerks sieht, das es zu vervollkommen gilt, ist seit Jahrzehnten deutlich genug ausgesprochen worden. Der Mensch Gottes ist eben nicht *involutus in se ipsum*. Er braucht auch seinen Mitmenschen nicht lediglich zu seiner „Existenz“. Er braucht seinen Mitmenschen, um überhaupt gebildet sein zu können. An ihm vorbei gibt es keine Bildung! Allzuoft sieht das die Praxis nicht — auch wenn man es sehr wohl ahnt. Der andere ist nicht mein Konkurrent, sondern mein Mitarbeiter; alles Wissen, alle Information dient der Zusammenarbeit: *das* wäre ein Stück Bildung. Wer nicht in der Lage ist, mit anderen zusammenzuarbeiten, ist ungebildet, auch wenn er noch so viel weiß.

Bildung ist mehr als Wissen, nämlich ein bestimmtes Verhältnis nicht nur zu einem Stoff, sondern zum anderen Menschen, sozusagen eine fruchtbare Anpassungsfähigkeit

in Freiheit. Und größere Selbständigkeit zeigt sich nur in größerer Kooperation. Ob dieses grundlegende Erfordernis rechter Bildung erkannt und praktiziert wird, könnte unter Umständen zu einer Lebensfrage für unsere Gesellschaft werden — und es handelt sich im Grunde natürlich um nichts anderes als um „Freiheit“.

Scheinbar unter der Hand haben wir damit die Frage nach der Bildung durch eine andere ersetzt: durch das Problem der *Kooperation*. Nur scheinbar freilich handelt es sich um zwei Fragen; denn das ist es ja gerade: Kooperation und Bildung scheinen uns austauschbare Begriffe geworden zu sein. Die Zeiten, da das eine ohne das andere zu haben war, sind schon aus rein technischen Gründen bekanntlich vorbei. Den Erfinder als pionierartigen Einzelgänger gibt es nicht mehr. Auch seine Tugend ist die der Zusammenarbeit in Betrieb, Labor oder Institut geworden. Information ist hier vielleicht am deutlichsten Kooperation und umgekehrt! Das Bild der Bibel vom Menschen, der sich nicht selbst genügen kann, ist hier im Grunde aus der Welt der Technik heraus neu entdeckt und als leistungsfähig erwiesen worden. Es ist das notwendige Urbild einer Bildung, die auch heute noch diesen Namen verdient.

Jeder mein Feind . . .

Aber inwieweit ist in unseren Betrieben bereits eine spürbare Form von Kooperation entwickelt worden? An dieser Frage entzündet sich verständlicherweise immer wieder etwa in persönlichen Gesprächen, aber auch in den Sozialeminaren von seiten der Kirche, eine ernsthafte Debatte. Es ist dabei nicht leicht, zu einem zuverlässigen Bild zu kommen.

So schrieb man kürzlich: „Die Anerkennung des arbeitenden Menschen als Mitarbeiter' steht nicht nur auf dem Papier, sondern ist bereits Wirklichkeit geworden. Der Appell, die Würde des Menschen zu schützen, geht deshalb, soweit es sich um das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland handelt, fehl. Art. 1 des Grundgesetzes... stellt die Würde des Menschen ausdrücklich unter den Schutz der Verfassung.“ Sieht man vom Unterschied zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit einmal ab, so bleibt doch unübersehbar: Viele Arbeitnehmer quittieren eine Behauptung wie die angeführte mit einem Achselzucken. „Wir können nicht wagen, unsere Meinung zu sagen“, so hört man wieder und wieder und muß es als positiv bewerten, daß das offen geäußert wird.

Ein junger Pfarrer, der gegen ein Jahr in einem großen Fertigungsbetrieb am Bande tätig war, berichtete dazu einen interessanten Vorfall. Er konnte wie andere auch sein an einer Schiene laufendes Werkzeug bewegen und sich folglich ab und an etwas vorarbeiten, um dann zeitweise eine langsamere Gangart walten zu lassen. Eines Morgens stellte man fest, daß in die Laufschiene ein Bolzen eingezogen worden war, so daß das Werkzeug nicht mehr vor- und zurückbewegt werden konnte. Mit der Spur eines persönlichen Rhythmus war es vorbei. An dieser Stelle kommt es nun nicht darauf an, daß unser Gewährsmann vorstellig wurde und der Bolzen wieder verschwand. Interessanter ist die Reaktion einer Anzahl von Arbeitnehmern, denen man diesen Vorfall erzählte. „Ja, der — der kann sich das leisten. Der bleibt auch nicht immer hier. Aber wir sollten es wagen, einen Ton zu sagen!“

So ist nicht selten der Vorarbeiter bereits ein kleiner Patriarch, weil er an falschen Vorbildern orientiert ist. Da ist der Mann am Pult perfekt wie ein Ingenieur, der selbständige Entscheidungen für ein — sagen wir — ganzes Kesselhaus, in dem Kohle und Gas zu gleicher Zeit gefahren werden, zu treffen hat; aber er hat so wenig menschliche Honorierung wie ein Hilfsarbeiter. Oder es entsteht eine Automaten-Hierarchie. Beides hält den Menschen in der Objekt-Situation. Inwieweit dabei die Organisationsform und

die Größe eines Betriebs hineinspielen, ist eine gesonderte Frage, die ohne Zweifel ihre Rolle spielt. Vor allem läßt sich die vorzugsweise in außerbetrieblichen Kreisen vorhandene Meinung, der angesprochene Großbetrieb sei besonders anfällig, durchaus nicht immer halten. Vielmehr scheinen über eine bestimmte Größe hinausgewachsene, jedoch noch nach altem Muster „geführte“ Betriebe beim Arbeitnehmer mitunter besonders nachdrücklich das Gefühl zu erzeugen, „abhängig“ zu sein. Jedenfalls aber liegt hier noch vieles im argen — und diese Feststellung muß man auch treffen, wenn man auf der anderen Seite das auch von Betriebsräten beklagte mangelnde Gefühl für Verantwortung und Solidarität vieler Arbeitnehmer durchaus nicht verharmlost. Zweifellos ist die Betriebsleitung „im Grundsatz interessiert“, z. B. einem Neuen „die Verwurzelung zu erleichtern, damit er möglichst rasch ein vollwertiger Mitarbeiter wird. Die inoffizielle Arbeitsgruppe dagegen reagiert nach den Gesetzen des Rudels, das den Neuen ducken will“ (*Wolfgang Kellner*) (und dies Gesetz ist in gewisser Hinsicht sogar Kameradschaft — eben nicht Kooperation!). Allerdings bleibt zu fragen, ob dem Rudel hier die ganze Verantwortung zugeschoben werden kann. Wo im Gefühl des Arbeitnehmers geschieden wird zwischen „denen da oben“ und „wir (hier unten)“, wird eine falsche Haltung eingeübt, die dann ihre Konsequenzen auch da nach sich zieht, wo man sie nicht begrüßt.

Die Tatsache oft mangelnder Zusammenarbeit — „jeder mein potentieller Gegner“ — läßt sich am besten illustrieren, wenn man auch das außerbetriebliche Leben in Deutschland mit einbezieht. Der Berichterstatter macht sich ein Vergnügen daraus, in der Tagespresse dazu auftauchendes Material zu sichten. „Wie sie sich bemühen, ihren Vorgesetzten gerecht zu werden, der Überregierungsrat dem Ministerialrat, der Ministerialrat dem Ministerialdirigenten, der Hilfsreferent dem Referenten, der Referent dem Unterabteilungsleiter, der... dem...“ (Bericht über die Arbeit eines Untersuchungsausschusses). Oder: „Der deutsche Verkehr ist eine der letzten Bastionen des rauhen Individualismus, wo Darwins Gesetz vom Überleben des Stärkeren noch immer als Regel gilt“ (ein Ausländer). Wo liegen hier die Ursachen, wo die weiterverursachenden Wirkungen? Das, was wir andeuten, hat Gültigkeit für viele Betriebe, Geschäfte, Büros und diese ihrerseits sind ein enormer Erziehungsfaktor, der prägend zurückwirkt auf die gesamte Ausbildungsatmosphäre heranwachsender Generationen. Man gerät in ein wahres Knäuel von verursachenden und verursachten Faktoren, die zu entwirren fast aussichtslos erscheint.

Vorschußvertrauen

Wichtiger als die Analyse der Ursachen sei die Therapie! Was könnte geschehen? Wo ergeben sich hilfreiche Aspekte — etwa auch an Hand der Botschaft der Bibel vom Menschen?

Wenn bei uns über mangelnde Bereitschaft geklagt wird, Verantwortung zu übernehmen und Bildung zu erwerben, so hat das nicht ausschließlich seinen Grund in der ausgesprochenen Verbraucherhaltung vieler Menschen, die jede Unbequemlichkeit oft genug scheut. Es liegt zum großen Teil auch daran, daß in unserer gesamten Arbeitswelt genau wie in der der berufsausbildenden und -fortbildenden Schulen bis hin zur Universität ein Berechtigungsscheinwesen vorherrscht, das man schon oft beklagt hat. Ist es nicht auch in den Betrieben leicht einmal so, daß nicht die Fähigkeit, sondern ein Zeugnis oder ein Schein allein honoriert werden? Auf der anderen Seite glaubt der Arbeitnehmer nicht in allen Fällen sich darauf verlassen zu können, daß er von einer Weiterbildung auch tatsächlich etwas hat (nicht nur, aber auch finanziell). Normalerweise verbindet man mit einer gesondert aufgewandten Mühe die Vorstellung, daß sie weiter-

bringt. Fühlt man sich aber gerade in dieser Frage dem Zufall überlassen, dann entzieht man sich lieber von vornherein der Mühe.

Offensichtlich muß also in viel stärkerem Ausmaß die Möglichkeit eröffnet werden, mit einer bestimmten Grundausbildung auch im Betrieb zunächst Verantwortung delegiert zu erhalten, um sich dabei zeigende Bedürfnisse an Kenntnissen und Bildung zu schließen. Der Mann weiß dann, wozu das „alles gut ist“ und verfällt nicht dem Argwohn, Mühe und aufgewandte Zeit lohnten sich nicht. Ein gewisses Maß an Vorschußvertrauen ist unbedingt notwendig; wer da etwas wagt, kann viel gewinnen: vor allem einen Mitarbeiter gewinnen, auf dessen Eifer und Initiative er sich verlassen kann. Vorschußvertrauen und Weisung (nicht Befehl) sind geradezu das, was der Schöpfer nach der Sicht der Bibel dem Menschen entgegenbringt. Ohne das wird kein Mensch zum „Menschen“, sondern er wird in die Stelle eines passiv funktionierenden Objekts hineingedrückt, aus dem er sich nicht bei Bedarf oder auf Wunsch frei machen kann. Das mit einer solchen Stellung verbundene Mißtrauen kann man nicht fortbefehlen, sondern es kann nur durch bestimmtes Verhalten weggetaut werden.

Ebenso große Einbuße an Durchschlagskraft erleidet der Appell um wirkliche Mitarbeit allem Anschein nach durch eine andere Erscheinung. Wir meinen *die vorenthaltene Information*. Zunächst scheint es stets einfacher zu sein, man ordnet bestimmte Verrichtungen ohne lange Kommentare an. „Grabt hier ein Loch“, so ironisiert jemand. „Jetzt grabt da eins.“ „Jetzt dort.“ Und warum? Schließlich kam es heraus, weil es jemandem „zu bunt“ wurde. „Wir suchen nämlich eine Leitung, deren Lage wir berücksichtigen müssen.“ Dies Beispiel klingt übertrieben — und gerade jede handwerkliche Tätigkeit hat auch heute noch oftmals das Plus, einen gewissen Überblick über die Gesamtverrichtung mit sich zu bringen. In jedem arbeitsteiligen größeren Betrieb aber werden auf diese Weise täglich große Mengen an Information zurückgehalten. Das geschieht nicht aus bösem Willen; es erfolgt aber auch nicht aus notwendigen Gründen oder weil es über den Horizont des Mitarbeiters hinausginge. Es passiert einfach aus *Mangel an Einfühlungsvermögen oder aus Gedankenlosigkeit*. Gerade technisch hochqualifizierte oder studierte Kräfte stehen hier oft auf einem menschlich völlig unzureichenden Niveau. Da gibt jeder aus den ihm zugänglichen Weisungen und Informationen nur das weiter, was sein „Untergebener“ unbedingt zu brauchen scheint. Daß ihm mehr an Überblick zu geben durchaus möglich wäre und daß er Anspruch darauf hat, nicht wie eine Maschine eingesetzt zu werden, der man das Warum und Wieso nicht zu sagen braucht — das wird so leicht vergessen.

Zweifellos wird ein Mensch entwürdigt, wenn man ihn durch vorenthaltene Information zum Objekt macht. Dagegen hilft keine irgendwie verordnete Norm, sondern nur eine andere Wirklichkeit in unseren Betrieben. Die Zeiten, da man noch mit einem blauen Auge davonkam, wenn man Menschen so behandelte, scheinen sich dem Ende entgegenzuneigen. *Hier ist eine menschliche Revolution nötig!* Wenn schon Gott den Menschen als Krone der Schöpfung zu seinem „Mitwisser“ und Mitgestalter bestimmt hat und ihm Sinn und Zweck des menschlichen Lebens klarlegt, dann darf kein Mensch dem anderen den Funktionszusammenhang seiner Tätigkeit vorenthalten! Ja, ohne daß mir fortlaufend Dinge eröffnet werden, die „über meinen Horizont gehen“, kann ich überhaupt nicht weiterkommen.

Hierher gehört auch die Rolle des *Betriebsrats*. Wie unterschiedlich seine Tätigkeitsmerkmale in den einzelnen Betrieben sind, vermag sich ein Außenstehender kaum vorzustellen. Da gibt es alle Möglichkeiten von wirklich funktionierender Kooperation weit über das hinaus, was das Gesetz vorschreibt (Mitwirkung an allen die Arbeit unmittelbar angehenden Fragen), bis hin zur Abspeisung mit völlig nebensächlichen Toiletten- und Kantinenfragen, ja bis zur Existenz lediglich auf dem Papier. Stu-

diert man in diesem Zusammenhang, daß alle innerbetriebliche Demokratie sich vom Arbeitsplatz aus entwickelt und hier geboren oder erstickt wird, so wird man unsere Gleichung erhärtet finden: *Kooperation beruht auf Information, Information entsteht durch Kooperation*. Unterrichtung ohne Zusammenarbeit ist wertlos und zergeht als „überflüssig“ und „unerwünscht“, Zusammenarbeit ohne Information aber scheitert.

Freiwilligkeit — nicht Manipulation

Aber für den Mitarbeiter der Kirche dürfte ein dritter Komplex vielleicht der wichtigste sein. — Bei einem kirchlichen Seminar, in dem die Frage nach der Bildung nach dem Bilde des biblischen Menschen im Mittelpunkt stand, erfolgte der Einwand: Das alles erzwingt heute bereits die Technik. Der Meister sitzt nicht mehr am erhöhten Platz und beherrscht nicht mehr jede in seiner Werkstatt verrichtete Arbeit am besten. Fachliche Qualitäten sind für ihn selbstverständlich, aber sie sind bei weitem nicht allein ausschlaggebend (in den meisten Betrieben arbeiten zahlreiche Spezialisten und Reparaturkolonnen, die auf Anforderung erscheinen). Der Meister wird zum Organisator und Koordinator; was an evangelischen Gedanken dazu gesagt werden könnte, so lautet jener Einwand, sei praktisch durch die technische Entwicklung bereits vorweggenommen.

Untersucht man dann im Gespräch die Frage, warum die Menschen trotzdem bedrückt sind und sich abhängig fühlen, dann macht man eine ausschlaggebende Entdeckung: *Was erzwungen getan oder zugestanden wird, verliert seinen menschlichen Wert*. Man „glaubt“ es nicht und fühlt sich im Grunde nicht gewürdigt, sondern geschickt manipuliert — rein um der Leistung willen. Man weiß vielleicht nichts vom möglichen Mißbrauch ethischer Postulate im Interesse einzelner oder einer Produktion, aber man ahnt und spürt diese Möglichkeit ganz genau. In einer erzwungenen Kooperation aber bin ich eben doch wieder ausschließlich Produktionsfaktor. Gewiß sind Betriebe keine Wohltätigkeitsveranstaltungen. Aber sie sind auch nicht nur eine effektvoll zusammengestellte Anhäufung von Funktionen. Auch der mit dem Samthandschuh „human relation“ und Fortbildung nützlicher gemachte Mitarbeiter ist erst Mitarbeiter, wenn es irgend etwas gibt, das ihm um seiner selbst und um Gottes willen zuteil wird. Die Kirche muß dazu helfen, daß diese Problematik durchschaut wird.

Wie seht ihr Christen die Zukunft unserer Betriebe und der arbeitenden Menschen? Das ist die Kernfrage, der wir uns zu stellen versuchten. Die Erkenntnis ist im Wachsen, daß nicht nur Lohnfragen den Ausschlag geben. Die Überhitzung des Arbeitsmarkts bleibt. Ebenso werden die Lasten nach aller Ansicht in mancher Beziehung stetig größer. Man kann viel dazu sagen, wie man sie auffängt: bessere Urlaubsregelung, Vermehrung der Pausen, Hilfen beim Arbeitsplatzwechsel (Trennungsgelder u. a. m.), weiterer Ausbau der Altersversicherung, Ausgestaltung der Mitwirkung des Betriebsrats auf längere Sicht in allen Wirtschaftszweigen in Richtung Mitbestimmung, Förderung der Fortbildung, Eigentumsbildung. In all dem sucht die Kirche Zusammenarbeit und Gespräch. Der *Motor* all dessen aber ist bei ihr der Gedanke der *Menschwerdung* des Menschen. Und Mensch wird der Mensch nur im Angesicht Gottes und an der Seite des Mitmenschen. *Bildung*, das große Erfordernis für die Bewährung in einer hochindustrialisierten hochmobilen Gesellschaft, ist nichts anderes als *solche* Menschwerdung.

Worauf antworten die jungen Arbeiter?

Kritische Überlegungen zu Arlt/Wilms: Junge Arbeiter antworten¹⁾

15 ildungsarbeit ist heute ohne sozialwissenschaftliche Untersuchungen nicht mehr zu betreiben. Dieser Grundsatz gilt noch mehr für alle Versuche der Veränderung des bestehenden Bildungswesens. Soll deren Erfolg nicht von vornherein in Frage stehen, dann müssen die Sozialwissenschaften sowohl den objektiven Zusammenhang des Bildungswesens mit gesellschaftlichen Strukturen wie auch die subjektiven Bildungsmotive analysieren, die von jenem objektiven Zusammenhang nicht losgelöst sind. Die Sozialwissenschaften werden so zu einer instrumentalen Hilfswissenschaft der Bildungsarbeit und Kulturpolitik allgemein. So hilfreich und notwendig solche Untersuchungen sind, so sehr muß man jeweils auf die Grenzen ihrer Aussage sehen, will man nicht traditionelle Ideologien einfach durch neue ersetzen. Um ein Gespür für solche Grenzen zu erhalten, bedarf es eines hohen theoretischen Bewußtseins der Untersuchenden. Obwohl die moderne Soziologie seit geraumer Zeit mit diesem ihrem „Methodenproblem“ ringt, trifft man immer wieder auf Veröffentlichungen, die von dieser Diskussion keine Kenntnis nehmen. In ihnen wird meist eine kulturpolitische Zielsetzung mit wissenschaftlichen Ansprüchen kaschiert, die bei näherer Betrachtung nicht zu halten sind, anstatt daß man sie gleich nennt und sie mit vernünftigen Argumenten begründet, die ja ihrerseits sich durchaus auf sozialwissenschaftliche Ergebnisse stützen sollen!

Die Gefahr dabei ist, daß an sich irrationale politische Entscheidungen, die grundsätzlich die reine Summierung von Fakten übersteigen, mit dem Schein einleuchtender wissenschaftlicher Deduktion umgeben werden — ein Denkverfahren übrigens, das wir bislang eigentlich nur vom orthodoxen Marxismus kannten. —

Die Arbeit von *Arlt* und *Wilms* ist solchen Gefahren in einem hohen Maße erlegen. Die Verfasser haben über 2000 Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 25 Jahren befragt, die alle in der Befragungszeit in einer Verbindung zu fünf großen Trägern der Jugendsozialarbeit standen. Daß die Befragten weder in statistischer Hinsicht (insofern nur arbeitende Jugendliche befragt wurden) noch für die arbeitende Jugend selbst (insofern eben nur diesen Verbänden Nahestehende befragt wurden) repräsentativ sind, hindert die Verfasser nicht daran, im Ergebnisbericht am Schluß immer wieder von „der“ Jugend zu sprechen, obwohl sie sich dieser Einschränkung durchaus bewußt sind (S. 64). Schwerwiegender ist, daß die Befragung unter völlig unkontrollierbaren Umständen vorgenommen wurde. Jugendleiter, Heimleiter und andere Mitarbeiter der beteiligten Verbände haben sie durchgeführt und die ausgefüllten Bögen eingeschickt. Dabei wissen wir doch, daß die persönliche Ausstrahlung der Fragenden und vor allem ihre Rolle gegenüber den Befragten grundsätzlich auf die Ergebnisse einwirkt! Nicht umsonst haben sich die Soziologen darüber den Kopf zerbrochen und sind u. a. zu dem Ergebnis gekommen, daß die Befragten den Frager möglichst nicht persönlich kennen sollen.

Aber vielleicht wollte man diesen Mangel dadurch ausgleichen, daß man die 50 Fragen in der „Ich“-Form stellte. Dies ist die beliebte Form des pädagogischen „Bewinnungsaufsatzes“, der die Illusion erwecken soll, man stelle sich selber die Fragen. Auf diese Weise haben Arlt und Wilms den fragenden Partner gewissermaßen eliminiert. Eine solch unwahrhaftige Art des Fragens dürfte vielen Jugendlichen aufgegangen sein und das Ergebnis beeinflussen haben.

1) Arlt/Wilms: Junge Arbeiter antworten. Junge Arbeiter und Angestellte äußern sich zu Beruf und Arbeit, Gesellschaft und Bildung. — Ein Beitrag zur Jugendsozialarbeit innerhalb und außerhalb des Betriebes. Auswertung einer Enquete des Deutschen Industrieinstitutes in Zusammenarbeit mit Verbänden der Jugendsozialarbeit. Georg-Westermann-Verlag, Braunschweig 1962. 80 S.

Zum Thema „Beruf“ werden ganze sieben, zum Thema „Freie Zeit“ ganze drei Fragen gestellt, zu denen sich die Jugendlichen ohne nähere Festlegung schriftlich äußerten. Diese Basis ist aber einfach zu schmal für nennenswerte Ergebnisse! Da helfen auch keine statistischen Korrelationen zu den übrigen 40 Fragen (von denen sich 11 auf reine „Sozialdaten“ beziehen), da statistische Relationen nicht unbedingt kausale widerspiegeln. Aus der Relation etwa, daß sich die Mitglieder von Jugendverbänden relativ positiver zur Fortbildung in der freien Zeit äußern, wird gefolgert: „Auch Jugendgruppen aller Art erweisen sich als gute Erziehungskräfte. Jugendliche, die solchen Gruppen verbunden sind, verhalten sich meist verantwortungsvoller, lebendiger und selbstbewußter im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben“ (S. 74).

Nähme man diese formalen Mängel in Kauf, — und jede Untersuchung darf mit solchen oder ähnlichen Fehlerquellen rechnen, wenn sie sie bei der Ausdeutung berücksichtigt —, so bleibt die Frage, *was* man eigentlich mit solcher Befragungsmethode erkunden kann. Sicherlich sind auf diese Weise alle möglichen statistischen Unterlagen zu gewinnen, kaum aber Kenntnisse über Motive oder auch „Einstellungen“, von denen hier so oft die Rede ist. Mit Fragebogenaktionen dieser Art lassen sich bestenfalls Meinungen ermitteln. Aber inwieweit solche Meinungen subjektiv zu einer Haltung integriert sind oder etwa nur als Instrument der sozialen Durchsetzung dienen, weil sie einem immer wieder nahegelegt und abverlangt werden, bleibt grundsätzlich offen. Die Verfasser aber meinen: „Die Untersuchung soll Einblicke in die Einstellung und das Verhalten von Jugendlichen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft geben“ (S. 64). Und: „Dabei lag den Verfassern besonders daran, Kausalzusammenhänge zwischen Einstellung und Verhalten der Jugendlichen aufzuspüren“ (S. 5).

Das theoretische Defizit der Arbeit, das hier schon sich andeutet, zieht sich durch alle Kapitel. Es wird nicht überall so offensichtlich wie hier: „... wird deutlich, daß die Jugendlichen die Persönlichkeit im privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Leben hochachten. 55 vH schätzen das Individuum höher als die Masse ein, 13 vH geben der kleinen Gruppe einen größeren Wert als der Masse“ (S. 67). Die dazugehörige Frage lautete: „48. Man spricht heute viel mehr von der ‚Masse‘. Gewinnt man Ansehen und Beachtung als einzelner oder als kleine Gruppe oder als Masse?“ — Die Verfasser spüren durchaus, daß man solch eine Frage eigentlich nicht stellen kann, suchen die Schuld aber bei den Jugendlichen: „Es ist dabei allerdings einzuräumen, daß manche der befragten Jugendlichen den tiefen Sinn dieser Frage noch nicht bis ins letzte begriffen haben, so daß ihre Aussagen mit einiger Zurückhaltung zu bewerten sind“ (S. 62). — Wir haben den „tiefen Sinn“ allerdings auch nicht begriffen!

Bei solch unreflektiertem Sprachgebrauch nimmt es nicht wunder, daß der Begriff „Skepsis“, der doch nur eine bewußt - reflektierende Haltung meinen kann, wieder falsch benutzt wird (S. 56). Folgender Widerspruch wird gar nicht bemerkt: „Eine vergleichende Betrachtung aller Äußerungen der Befragten zeigt durchgehend das Streben nach einem eigenen kritischen Urteil und nach einer selbständigen Bewältigung der ihnen begegnenden Fragestellungen und Forderungen“ (S. 65). — „Jedenfalls zeichnet Skepsis die Jugendlichen aus, soweit sie gesellschaftspolitischen Verbänden, Parteien und Interessengruppen gegenüberstehen. Diese kritische Einstellung macht sie vielleicht weniger anfällig gegen alle politischen und ideologischen Verführungen als frühere Generationen“ (S. 65). — „Politische Bildung fordert den Menschen zur Kritik und zur persönlichen Stellungnahme, vielleicht sogar zu persönlichen Opfern auf einem Gebiet heraus, das ihn scheinbar nicht direkt und täglich berührt — und das interessiert viele Jugendliche schon nicht mehr“ (S. 66).

Daß es zwischen diesen Widersprüchen sehr wohl einen Zusammenhang gibt, nämlich den, daß eine pausenlose Ideologisierung dafür sorgt, daß die „ideologiefernen“^A (S. 66) Jugendlichen nur noch die unmittelbare Reproduktion von Arbeit und Ver-

gnügen, nicht aber die Reflexion auf den beides bestimmenden Zusammenhang als ihr „unmittelbares“ Interesse ansehen, wird von den Verfassern ignoriert. Sie bemerken infolgedessen auch nicht, daß ihre Untersuchung, indem sie das Gegebene zum allein Möglichen macht, ein Teil dieser Verdunkelung ist. Der wiederholte Hinweis, die Jugendlichen orientierten sich lieber an einer unmittelbar einsichtigen Berufsbildung als an einer Allgemeinbildung oder gar politischen Bildung, wird nicht etwa kritisch vermerkt oder wenigstens reflektiert, sondern als Maxime übernommen: „Die subjektiven Bildungsbedürfnisse und Interessen der jungen Menschen liegen nicht in ideologischen politisch-historischen Bereichen (sic!), sondern im beruflichen Raum“ (S. 72). Warum das politische Interesse fehlt, wird nicht mehr gefragt. Vielleicht fehlt es u. a. deshalb, weil die zu frühe Berufsarbeit die jugendlichen Energien so absorbiert, daß sie nur noch zur simpelsten Entspannung ausreichen, für die die Vergnügungsindustrie unermüdlich sorgt? .

Gegen Schluß heißt es dann: „Die Untersuchung erweist, wie furchtbar sich der Bildungseinfluß der Jugendsozialarbeit auf Jugendliche auswirkt“ (S. 73). Den Beweis für diese Behauptung sucht man ebenso vergeblich wie den Bewertungsmaßstab, weil ein Vergleich zu Jugendlichen, die nicht an der Jugendsozialarbeit teilnehmen, im eigenen Material gar nicht angelegt ist und auch zum Material anderer Ergebnisse gar nicht vorgenommen wird.

Aufschlußreich für die naive ideologische Anlage des Ganzen ist auch, was fehlt. So bezieht sich keine Frage auf das *Verhältnis* von Beruf und Freizeit. Es wäre nämlich denkbar, daß viele Jugendlichen zwar die Fragen nach der Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs im Betrieb gemäß ihrer Kenntnis beantworten, aber letztlich für sich diese Möglichkeit gar nicht in Anspruch nehmen wollen, weil ihr vitales Interesse sich an der Freizeit orientiert. Die Antworten auf die Frage „Wozu arbeite ich?“ könnten darauf hindeuten. Bei der Interpretation der Antworten (S. 31) demonstrieren die Verfasser, wie wenig sie das verbale Problem der jugendlichen Antworten bewältigt haben. 82,5 vH der Antworten geben materielle Gründe an. Die Verfasser versuchen nun, zwischen der einfachen Antwort „Um leben zu können“ und Antworten wie „Um später eine Familie zu ernähren“ — „Zur Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards“ — „Um Geld zu verdienen“ — einen qualitativen Unterschied zu machen. Die stillschweigende Voraussetzung dafür ist, daß die Aussage „um leben zu können“ *individuell-egoistisch* gemeint sein müsse. Der Widerspruch zwischen den relativ positiven Antworten zur Berufsbildung und dem eindeutig *instrumentalen* Verhältnis zur Arbeit kann nur übersehen werden, wenn man die Verbesserung der materiellen Existenz als unmittelbare Folge des beruflichen Aufstiegs ansieht. Genau das dürfte aber doch gerade problematisch geworden sein!

Die Unfähigkeit, die Aussagen der Jugendlichen im Zusammenhang zu interpretieren, mag uns auf einen letzten Mangel der Untersuchung hinweisen: Wer bei Befragung Jugendlicher nicht vorformulierte Antworten zur Auswahl vorgibt, sondern eigene Formulierungen erwartet, muß mit einer sehr engen sprachlichen Barriere rechnen. Allein der Wortschatz der meisten Jugendlichen ist so begrenzt, daß er für eine angemessene Meinungsmitteilung auf eine Frage wie die nach dem Sinn der Arbeit nicht mehr ausreicht. Die Jugendlichen greifen dann notwendigerweise zu bestimmten sprachlichen Formeln, für deren Fehldeutung Tür und Tor geöffnet sind, wenn man diesen Zusammenhang nicht kennt. Arlt und Wilms weisen in der Einleitung darauf hin, daß „die Bestimmung von Ziel und Inhalt der Fragen nicht das Ergebnis theoretischer, konzeptiver Erwägungen“ sei (S. 7). In dem Augenblick aber, wo sie Antworten auf verschiedene Fragen deutend vergleichen, befinden sie sich doch (spätestens!) in einer theoretischen Aktion und müssen sich entsprechenden Kritiken stellen.

Was sie zur Berufsaus- und -fortbildung fordern, sollte allerdings sehr ernst genommen werden. Die Vorschläge laufen auf eine Versachlichung und moralische Entideologisierung der Berufspädagogik hinaus. Gegenüber der Tendenz des Buches aber, die Bildungsarbeit weitgehend vom Beruf und Betrieb her zu konzipieren, sollten selbst dann Einsprüche angemeldet werden, wenn sie mit den Interessen der Jugendlichen übereinstimmen — was diese Untersuchung nicht beweisen konnte. Auch dafür gäbe es sicher eine Reihe sehr vernünftiger Argumente, die aber der theoretischen Reflexion über die Berufsrolle im Zusammenhang mit den übrigen Rollen bedürfen, die der moderne Mensch nun einmal auszufüllen hat. Wenn man die prinzipielle Partikularität der Berufsrolle in Ausschließlichkeit oder auch nur unbegründete Dominanz umschlagen läßt, ideologisiert man die pädagogischen Gesamtzusammenhänge wie die kommunistische Version der „polytechnischen Erziehung“. Nur eine Erziehungskonzeption, die die Autonomie einander widersprüchlicher Rollen ernst nimmt, kann heute als modern oder fortschrittlich sich bezeichnen.

Aber das wäre schon ein neues Gespräch. Hier richtete sich unsere Kritik vor allem gegen die Inanspruchnahme halbwissenschaftlicher „Untersuchungsergebnisse“ für letztlich erziehungspolitische Erwägungen.

Wir sollten doch aufhören, aus den Jugendlichen Ansichten herauszufragen, die ihnen durch den gesellschaftlichen Meinungsmechanismus injiziert wurden, um sie dann auch noch zur Maxime pädagogischer Bemühungen zu machen. An einer „Anstrengung des Begriffes“ in Sachen Erziehungsreform kommen wir auch dann nicht vorbei, wenn die empirischen Einzeluntersuchungen überzeugender sind als in diesem Falle.

Kirche und soziale Wirklichkeit

Das Neue Evangelische Soziallexikon¹⁾

Inmitten der Erschütterungen des gesellschaftlichen Lebens der gesamten Welt, deren sichtbarste Ursache die Technisierung ist, stehen die überkommenen Religionsgemeinschaften. Ihre Existenz ist fragwürdig geworden; d. h. sie ist nicht einfach mehr selbstverständlich. Sie müssen ihre Existenzberechtigung nachweisen, sie sind Fragen ausgesetzt, auf die sie Antwort geben müssen. Wir sollten solche Fragwürdigkeit nicht einfach negativ einschätzen. Solange etwas für wert befunden wird, befragt zu werden, ist zwar seine Existenz nicht mehr unbestritten, aber immerhin noch nicht erledigt. Wenn aber das Fragen aufhört, dann wird etwas gleichgültig. Dann läßt man es dahinvegetieren, bis es vielleicht von selbst abstirbt. Hier besteht die Chance der Existenz noch, wenn eine Religionsgemeinschaft sich selbst fragwürdig wird.

In beiden Fällen, ob nun die Fragen von außen oder von innen, von ihr selbst an sich herangetragen werden, geht es um eine heilsame Selbstbesinnung, um eine Erschütterung der Selbstsicherheit, um das, was wir Buße nennen möchten. Solche Buße hat aber immer die Verheißung des Lebens. Das sollten gerade die christlichen Kirchen wissen. Die Verkündigung Jesu war Bußpredigt. Solche Bußpredigt richtet sich nicht einfach an die Draußenstehenden, sondern auch, ja wir können sagen in erster Linie, an die Kirche selbst.

¹⁾ Neues Evangelisches Soziallexikon, herausgegeben von Friedrich Karrenberg, 4. vollständig neu bearbeitete und um 168 neue Stichworte erweiterte Auflage. Kreuz-Verlag, Stuttgart 1963. 1399 Spalten, 58,— DM.

Die Evangelische Kirche hat sie an sich selbst gerichtet. Es sei hier nur erinnert an das Schuldbekennnis der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam 1948, an das Stuttgarter Schuldbekennnis der Evangelischen Kirche von 1945, an das Wort des Reichsbruderrates aus dem Jahre 1948, wie es in den Darmstädter Thesen zum Ausdruck gekommen ist. Das alles waren gute Worte, war Ausdruck der Selbstbesinnung der Kirche, einer Selbstbesinnung, die den Weg frei gemacht hat zu einer eigenständigen, unabhängigen kirchlichen Stellungnahme gegenüber den Fakten des gesellschaftlichen Lebens, an dessen *Wirklichkeit* gerade die Evangelische Kirche in Deutschland in einer merkwürdigen Befangenheit vorübergegangen war. Für sie gilt in besonderem Maße das, was die Ökumenische Konferenz von Amsterdam ausgesprochen hat, daß nämlich die Kirchen oft die Kräfte nicht begriffen haben, welche die sie umgebende Gesellschaft bestimmten. Oder wie der Züricher Theologe *Emil Brunner* es formuliert hat:

„Es ist ein beschämendes Zeichen der Lebensferne der protestantischen Ethik des letzten Jahrhunderts, daß sie von der großen Umwälzung des sozialen Lebens der Neuzeit, von der Entstehung und siegreichen Ausbreitung der technisch-kapitalistischen Wirtschaft, die alle bisherigen Verhältnisse des Gemeinschaftslebens mit einer beispiellosen Plötzlichkeit und in einem früher wohl nie gekannten Ausmaß umbildete und die überlieferten Begriffe gemeinschaftlicher Ordnung dadurch in Frage stellte, so gut wie nichts verspüren läßt.“

Die Kirche hat diese Kritik angenommen. Wer etwas Einblick hat in die Arbeit der evangelischen Theologie und die Verlautbarungen der Kirche zu den Fragen des gesellschaftlichen Lebens kennt, wird zugeben müssen, daß diese Seite der menschlichen Existenz heute von der Kirche gesehen wird. Dabei wird über die neu gewonnene Sicht der sozialen Wirklichkeit insofern hinausgegangen, als eine Reihe praktischer Maßnahmen getroffen worden sind, die sich bemühen, der gewandelten sozialen Wirklichkeit gerecht zu werden. Erinnert sei hier nur an die Errichtung evangelischer Akademien als Tore der Kirche zur Welt und der Welt zur Kirche, an die sozialwissenschaftliche Ausbildung der Geistlichen, an den Einsatz von Sozialsekretären und Sozialpfarrern, an die Sozialseminare, an die Sozialausschüsse, an die Schaffung von sogenannten Paragemeinden, die neben den Ortsgemeinden an den Brennpunkten des sozialen Lebens entstanden sind. Alle diese Anstengungen haben zweifellos etwas zuwege gebracht. Sie haben u. a. in recht bemerkenswertem Umfange das Mißtrauen zwischen Kirche und Arbeiterschaft beseitigt. Sie haben damit zur Auflösung falscher Fronten beigetragen, deren Aufrechterhaltung in der 2. Hälfte unseres Jahrhunderts ein verhängnisvoller Anachronismus sein würde.

Es ist sichtbar geworden, daß diese Kirche in Unabhängigkeit von den Mächten dieser Welt dieser Welt wirklich als Kirche zu dienen versucht. Dieses neue Bild der Kirche findet seinen eindrucksvollen, man möchte sagen eindrucksvollsten Ausdruck im *Neuen Evangelischen Soziallexikon*. Als *Friedrich Karrenberg* vor fast 10 Jahren die erste Auflage herausbrachte, war das, bei aller Notwendigkeit eines solchen Unternehmens, ein Wagnis in mannigfacher Hinsicht. Heute ist das Werk ein unentbehrliches Orientierungsmittel für alle, die vom kirchlichen Dienst — im weitesten Sinne des Wortes — oder von ihrer Tätigkeit im weltlichen Raum her sich um eine rechte Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit und der Stellung der Kirche zu und in dieser sozialen Wirklichkeit bemühen. Die Fülle des Behandelten ist erstaunlich und so umfassend, daß wohl über jeden wichtigen Bereich des „Sozialen“ im weitesten Sinne des Wortes, also ökonomisch, politisch, soziologisch, sozial-philosophisch und sozialtheologisch betrachtet, zuverlässige Auskunft gegeben wird.

Das Streben nach Sachlichkeit ist unverkennbar. Man kann — bei aller gelegentlichen Nuancierung der einzelnen Artikel — wohl von einem christlichen Realismus

HANS LUTZ

sprechen, der das Fundament dieses Lexikons ist und der es davor bewahrt, so etwas wie ein Kompendium christlicher Ideologie im Gegensatz zu anderen Ideologien zu sein, eine Schwarz-Weiß-Malerei zu treiben und so etwa eine Front der Guten gegen die Bösen, der Gerechten gegen die Ungerechten aufzurichten. Man lese nur, um ein Beispiel unter vielen zu nennen, den Artikel „Bolschewismus“, um das zu begreifen. In diesem Zusammenhange ist es sehr zu begrüßen, daß ein Artikel dem 1945 ermordeten *Dietrich Bonhoeffer* gewidmet ist, dessen fragmentarisch gebliebene Gedanken doch bei aller Fragwürdigkeit im einzelnen wirkungsvolle Ansatzpunkte dafür bieten, daß die Kirche in einer Welt totaler Weltlichkeit, in einer Welt, die durch nicht mehr rückgängig zu machende Aufklärung und Säkularisierung hindurchgegangen ist, glaubwürdig in Vollmacht ihre Botschaft verkündigen kann.

Das geht nun freilich über den Bereich dessen, was wir unter sozialer Wirklichkeit verstehen, hinaus und berührt die gesamte Wirklichkeit menschlicher Existenz. Um ihr glaubwürdig zu begegnen, mußte eine bis heute nicht beantwortete Frage ihre Antwort finden, eine Frage, die auch hinter dem Soziallexikon steht. Diese Frage lautet: *Was verkündet die Kirche heute?* Dieses Was der Verkündigung steht insofern ein für allemal und also auch für heute fest, als die Kirche das Evangelium zu verkündigen hat. Was aber ist Evangelium, frohe Botschaft, die den Menschen in der Totalität seiner menschlichen Existenz heute trifft und bewegt? Vielleicht hat *Johannes Doehring* in dem Lexikonartikel „Nihilismus“ recht, wenn er von dem Ausbleiben der zweiten Reformation spricht, die mit der gleichen Intensität nach den Nächsten, den Mitmenschen, fragt wie nach dem gnädigen Gott, die also diese höchst individuelle Frage durch jene höchst soziale Frage zwar nicht ersetzt, aber betont ergänzt und so der Ganzheit der menschlichen Existenz gerecht wird. Sollte nicht Evangelium heute in dieser Akzentuierung verkündet werden, und gibt es nicht nur so Gott die Ehre? Oder, theologisch ausgedrückt, muß es nicht anthropozentrisch sein, um theozentrisch zu sein? Das sind doch keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Sache.

Solche Fragen tauchen bei der Lektüre des Soziallexikons immer wieder auf. Darum meinen wir, daß das neue Evangelische Soziallexikon auch zu einer Neuorientierung evangelischer Theologie beitragen kann, zu einer Neuorientierung, die jenseits aller theologischen Verkrampfungen für das Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft von größter Bedeutung ist.

HANS ZBINDEN

Die betonte Nüchternheit, der Realismus, die kühle Sachlichkeit, mit der insbesondere die jüngere Generation ins Leben schaut und dessen Probleme angeht, erscheinen nicht nur begreiflich, sie sind erwünscht und ermutigend. Denn sie sind Ausdruck einer gesunden Reaktion auf die Kulturromantik sowohl wie auf die Kulturverfälschung früherer Generationen und eines Teils ihrer Führungsschichten. Zu Unrecht werden sie leichtthin einfach als Nihilismus der zornigen jungen Männer gedeutet. Im Tiefsten sind sie eher als Regungen einer Bejahung zu verstehen, einer Gläubigkeit und Idealesehnsucht, die sich ihrer Ziele und Wege noch nicht bewußt werden konnte, Äußerungen eines recht ungebrochenen Lebens- und Gestaltungswillens . . . So erscheint diese Generation, die man einseitig als die skeptische bezeichnet hat, weit eher als ein nüchtern realistisches, unternehmendes, zugleich aber als ein vereinsamtes, nach lebenswerten Zielen verlangendes Geschlecht.